

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Gunnar Lindemann (AfD)**

vom 27. November 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. November 2024)

zum Thema:

Asyl oder Sozialmigration, falsche Anreize durch die Politik?

und **Antwort** vom 11. Dezember 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Dez. 2024)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21004
vom 27. November 2024
über Asyl oder Sozialmigration, falsche Anreize durch die Politik?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen stehen in Berlin derzeit an welchen Standorten und mit welcher jeweiligen Kapazität zur Verfügung? (Bitte aufschlüsseln.)

Zu 1.: Als Erstaufnahmeeinrichtung wird allgemein das Ankunftszentrum Asyl (AkuZ Asyl) in der Oranienburger Straße auf dem ehemaligen Gelände der Karl-Bonhoeffer-Klinik bezeichnet. Im AkuZ Asyl erfolgt die bundesweite Verteilung von Asylbegehrenden, die Registrierung der nach Berlin verteilten Asylbegehrenden sowie soziale Beratung durch den Sozialen Dienst des LAF. Darüber hinaus wird im Ankommens- und Registrierungsprozess die medizinische Erstuntersuchung durchgeführt. Das AkuZ Asyl verfügt mit dem Tempohome Oranienburger Straße über eine Gesamtkapazität von 1.210 Plätzen. Im Ukraine Ankunftszentrum Tegel (UA TXL) werden für Asylbegehrende 1.479 Plätze (Stand 02.12.2024) in der Notunterbringung vorgehalten.

Im UA TXL selbst erfolgt die bundesweite Verteilung der ankommenden Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine und die Registrierung der nach Berlin verteilten Geflüchteten dieses Personenkreises. Für die Unterbringung der Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine standen per 02.12.2024 5.101 Plätze zur Verfügung.

In der nachfolgenden Übersicht werden die Aufnahmeunterkünfte des LAF, als Regelunterkünfte, benannt in denen Asylbegehrende bis zur Aufhebung ihrer Wohnverpflichtung untergebracht werden.

Nr.	Standort	Bezirk	Kapazität per 06.12.24 (Plätze)
1	Eschenallee	Charlottenburg-Wilmersdorf	87
2	Kopernikusstraße / Gubener Straße	Friedrichshain-Kreuzberg	283
3	Warschauer Platz	Friedrichshain-Kreuzberg	387
4	Rhinstraße	Lichtenberg	353
5	Wotanstraße	Lichtenberg	95
6	Hausvaterstraße	Lichtenberg	240
7	Dingolfinger Straße	Marzahn-Hellersdorf	311
8	Blumberger Damm	Marzahn-Hellersdorf	300
9	Invalidenstraße	Mitte	283
10	Buchholzer Straße	Pankow	347
11	Treskowstraße	Pankow	244
12	Siverstorpstraße	Pankow	299
13	Kurt-Schumacher-Damm	Reinickendorf	333
14	Askaniering	Spandau	294
15	Zum Heckeshorn	Steglitz-Zehlendorf	220
16	Schwalbenweg	Treptow-Köpenick	401
17	Kiefholzstraße	Treptow-Köpenick	31
18	Quittenweg	Treptow-Köpenick	229

Darüber hinaus gelten Notunterkünfte und die Notbelegung von Hotelzimmern in Hotelbetrieben als Aufnahmeeinrichtung, wenn Asylbegehrende dort untergebracht werden. In der nachfolgenden Übersicht werden diese Aufnahmeeinrichtungen für Notunterbringung getrennt betrachtet.

Nr.	Standort	Bezirk	Kapazität per 06.12.24 (Plätze)
19	Knesebeckstraße (Hotelbetrieb)	Charlottenburg-Wilmersdorf	191
20	Eislebener Straße (Hotelbetrieb)	Charlottenburg-Wilmersdorf	166

21	Rudolstädter Straße (Hotelbetrieb)	Charlottenburg-Wilmersdorf	50
22	Sömmeringstraße (Hotelbetrieb)	Charlottenburg-Wilmersdorf	480
23	Hohenzollerndamm (Hotelbetrieb)	Charlottenburg-Wilmersdorf	140
24	Luckenwalder Straße (Hotelbetrieb)	Friedrichshain-Kreuzberg	215
25	Am Rudolfplatz	Friedrichshain-Kreuzberg	150
26	Landsberger Allee (Hotelbetrieb)	Lichtenberg	489
27	Buschkrugallee (Hotelbetrieb)	Neukölln	361
28	Storkower Straße (Hotelbetrieb)	Pankow	900
29	Columbiadamm	Tempelhof-Schöneberg	1.517
30	Bülowstraße (Hotelbetrieb)	Tempelhof-Schöneberg	171

Ergänzend wird angemerkt, dass es sich bei der Darstellung um eine Momentaufnahme mit Stand zum 06.12.2024 handelt. Aufgrund der Änderungen der Zusammensetzung der unterzubringenden Bedarfsgemeinschaften von Asylbegehrenden oder aufgrund von Schließung von zuvor benannten Unterkünften bzw. noch nicht bekannten Anmietungen können sich die dargestellten Zahlen insgesamt bzw. je Bezirk noch ändern.

2. Wie viele Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen werden in Berlin derzeit an welchen Standorten und mit welcher jeweiligen Kapazität neu geplant? (Bitte aufschlüsseln nach Bezirken)

Zu 2.: Für das Jahr 2025 ist in der Heerstraße in Charlottenburg-Wilmersdorf eine Aufnahmeeinrichtung geplant, die nach derzeitigem Planungsstand 97 Plätze umfassen soll. Die vertragliche Bindung der Unterkunft steht noch unter Haushaltsvorbehalt.

Darüber hinaus ist für das Jahr 2026 die Inbetriebnahme der Unterkunft Hasenheide in Friedrichshain-Kreuzberg mit 1.500 Plätzen geplant. Ein Teil dieser Unterkunft soll durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie für ein Erstaufnahme und Verteilzentrum für unbegleitete minderjährige Geflüchtete (UMF) genutzt werden. Der weitere Unterkunftsbereich mit bis zu 1.200 Plätzen kann sowohl als Gemeinschafts- als auch als Aufnahmeeinrichtung genutzt werden.

Darüber hinaus steht die Planung des LAF, ggf. in weiteren Hotelbetrieben Zimmer für die Notbelegung im Jahr 2025 anzumieten, ebenfalls unter Haushaltsvorbehalt.

3. Wie hoch sind die Kosten von seit 2015 errichteten und veranschlagt für neu geplante Erstaufnahmeeinrichtungen? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Bezirk.)

Zu 3.: Bei der Errichtung von Unterkünften des LAF oder deren Anmietung wird statistisch nicht nach der Art der Einrichtung (Aufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft) unterschieden.

Die aktuellen Kosten pro Tag und Platz in Aufnahmeeinrichtungen des LAF (Regelunterkünften) liegen bei 55,74 €.

4. Wie viele Plätze in Übergangwohnheimen sind in Berlin vorhanden, wie viele davon sind belegt und welche zusätzlichen Kapazitäten sind momentan geplant? (Bitte aufschlüsseln nach Bezirk)

Zu 4.: Es wird davon ausgegangen, dass der Fragenstellende die Gemeinschaftsunterkünfte (GU) des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) in seiner Fragestellung meint. In der nachfolgenden Übersicht werden die zum Stichtag 06.12.2024 vorhandenen Plätze in Gemeinschaftsunterkünften (Regelunterkünften) pro Bezirk dargestellt sowie die Plätze in Notunterkünften für Selbstversorgende, die den Gemeinschaftsunterkünften zugeordnet werden.

Bezirk	Anzahl von GU (Regelunterkünften)	Anzahl NU-GU (Notunterbringung Selbstversorger)	belegbare Kapazität gesamt	Belegung per 06.12.2024 gesamt	freie verfügbare Bettplätze gesamt
Charlottenburg-Wilmersdorf	6	1	1.501	1.461	40
Friedrichshain-Kreuzberg	3	0	741	736	5
Lichtenberg	10	0	3.263	3.253	10
Marzahn-Hellersdorf	8	0	3.491	3.485	6
Mitte	6	0	1.268	1.264	4
Neukölln	5	2	1.424	1.396	28
Pankow	14	0	4.305	4.286	19
Reinickendorf	3	1	909	905	4
Spandau	8	1	2950	2.841	109
Steglitz-Zehlendorf	6	1	2273	2229	49
Tempelhof-Schöneberg	11	0	3.347	3.313	34
Treptow-Köpenick	12	0	2.735	2.688	47
Gesamtergebnis	93	6	28.207	27.863	355

In der nachfolgenden Übersicht werden die geplanten Erweiterungen des LAF in der Regelstruktur Gemeinschaftsunterkunft dargestellt. Die benannten WCD 2.0 Standorte stehen zum Zeitpunkt der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage bis auf die Grünauer Straße und die Eldenaer Straße noch unter Haushaltsvorbehalt.

Standort	Bezirk	Unterkunftsart	Kapazität	Vrs. Inbetriebnahme
Kirchstraße	Pankow	MUF GU	320	IV/2024
Heerstr. / Seegefelder Straße	Spandau	GU	130	IV/2024

Gesamt 2024			450	
Heerstraße	Charlottenburg -Wilmersdorf	GU	97	I/2025
Bohnsdorfer Weg	Treptow- Köpenick	MUF GU	303	I/2025
Rudower Straße	Neukölln	MUF GU	343	I/2025
Gerlinger Straße	Neukölln	GU	271	I/2025
Sonnenallee	Neukölln	GU	260	I/2025
Elsa-Brandström- Straße	Pankow	GU	185	II/2025
Finckensteinallee	Steglitz- Zehlendorf	Tempohom eGU	245	I/2025
Landsberger Allee	Lichtenberg	GU	1.200	II/2025
Askaniering	Spandau	WCD GU	170	II/2025
Thielallee	Steglitz- Zehlendorf	WCD GU	260	II/2025
Tegel Nord	Reinickendorf	WCD GU	500	I/2026
Sangerhauser Weg	Neukölln	WCD GU	468	II/2025
Storkower Straße	Lichtenberg	WCD GU	310	II/2025
Darßer Straße	Lichtenberg	WCD GU	150	II/2025
Freiheit	Spandau	GU Erweiterung	570	I/2025
Grünauer Straße	Treptow- Köpenick	WCD GU	342	III/2025
Eldenaer Straße	Pankow	WCD GU	400	IV/2025
Diesterwegstraße	Pankow	MUF GU	336	IV/ 2025
Blankenburger Pflasterweg	Pankow	WCD GU	500	IV/2025
Klützer Straße	Lichtenberg	WCD GU	510	IV/2025
Theodor-Heuss-Platz	Charlottenburg -Wilmersdorf	GU	115	IV/ 2025
Gesamt 2025			7.535	

5. Wie haben sich seit dem Jahr 2015 die Kosten für Erstaufnahmeeinrichtungen und Übergangwohnheime entwickelt? (Bitte nach Jahr, Bezirk, beherbergte Personenzahl aufschlüsseln.)

Zu 5.: Eine statistische Erfassung der Belegung pro Bezirk pro Jahr ist für den angefragten Zeitraum nicht erfolgt.

6. Wie ist seit 2015 der Verlauf in Euro für die Kosten des Unterhalts für Migranten und deren ärztlicher Versorgung? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Bezirk und Personenzahl.)

Zu 6.: Die erfragten Daten zum Asylbewerberleistungsgesetz können dem Sozial-Informations-System unter <https://www.sozial-informations-system.de/home?lang=de> entnommen werden. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass wegen z.T. zeitversetzter Abrechnung beispielsweise von Unterkunftskosten oder Kosten der medizinischen Versorgung ein Durchschnitt pro Person nicht valide gebildet werden kann.

Die für die Unterbringung von Asylbegehrenden und Geflüchteten durch das LAF entstehende Kosten beinhalten folgende Punkte:

- Unterbringung als Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG
- Laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB XII und AsylbLG
- Barleistungen nach SGB XII und AsylbLG
- Hilfe in sonstigen Leistungen nach SGB XII und AsylbLG

Medizinische Leistungen umfassen die medizinische Erstversorgung, darunter u.a.

- Abrechnungen von Krankenkassen;
- Krankenhausaufenthalte;
- Zahnarztleistungen;
- Krankentransport.

7. Wie setzen sich die Nationalitäten in den Berliner Erstaufnahmeeinrichtungen zusammen? (Bitte nach der jeweiligen Anzahl der Plätze und nach Personen, Einrichtung und Standort aufschlüsseln.)

8. Wie setzen sich die Nationalitäten in den Übergangwohnheimen in den Bezirken zusammen? (Bitte nach Standort und Anzahl je Nation aufschlüsseln.)

Zu 7. und 8.: Das Herkunftsland der vom LAF untergebrachten Asylbegehrenden und Geflüchteten wird weder in der Belegungssteuerung noch von den Betreibenden der Unterkünfte statistisch erfasst.

9. Wie viele Asylbewerber, Flüchtlinge etc. haben im Land Berlin seit 2015 welchen Aufenthaltstitel erhalten? (Bitte auch nach Jahren und Nationalitäten aufschlüsseln, inklusive Ukrainer.)

Zu 9.: Asylgesuche werden vom LAF aufgenommen und die asylsuchenden Personen bei Berlin-Verteilung entsprechend untergebracht. Die Entscheidung über die Asylanträge liegt beim Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF). Die Beantragung von Aufenthaltstitel erfolgt in Berlin beim Landesamts für Einwanderung (LEA). Eine Zuordnung dieser

Entscheidungen zu den Herkunftsländern erfolgt entsprechend der Fragestellung statistisch nicht.

Zur Beantwortung der Fragestellung zu Asyl wird auf die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage 19/17711 verwiesen.

Ergänzend wird auf die vom BAMF halbjährlich veröffentlichte Gesamtstatistik zu den bundesweit getroffenen Entscheidungen seit dem Jahr 2015, Bezug genommen:

Jahr	Entscheidungen über Asylanträge						
	Insgesamt	Sachentscheidungen					Formelle Entscheidungen
		Rechtsstellung Flüchtling	Darunter Anerkennung asylberechtigt	Subsidiärer Schutz	Abschiebeverbot	Ablehnung	
2015	282.726	48,5 %	0,7 %	0,6 %	0,7 %	32,4 %	17,8 %
2016	695.733	36,8 %	0,3 %	22,1 %	3,5 %	25,0 %	12,6 %
2017	603.428	20,5 %	0,7 %	16,3 %	6,6 %	38,5 %	18,1 %
2018	216.873	19,1 %	1,3 %	11,6 %	4,4 %	34,8 %	30,2 %
2019	183.954	24,5 %	1,2 %	10,6 %	3,2 %	29,4 %	32,4 %
2020	145.071	26,1 %	1,2 %	13,1 %	3,9 %	32,1 %	24,8 %
2021	149.954	21,4 %	0,8 %	15,3 %	3,2 %	23,4 %	36,7 %
2022	228.673	17,9 %	0,8 %	25,2 %	13,1 %	21,6 %	22,3 %
2023	261.601	16,3 %	0,7 %	27,3 %	8,2 %	23,6 %	24,7 %
10/2024	253.970	12,6 %	0,6 %	26,2 %	6,9 %	28,9 %	25,4 %

Das LEA unterscheidet in seiner Auswertung der getroffenen Entscheidungen nicht nach den in der Frage benannten Personengruppen. Es wird daher auf die Statistik des quartalweise erscheinenden Faktenblattes des LEA verwiesen, dass eine Statistik von 2019 bis 2024 beinhaltet.

Es wird unterschieden zwischen:

- a) Positive Entscheidungen – Zahl der erteilten Titel, sonstigen aufenthaltsrechtlichen Bescheinigungen und Einbürgerungen;
- b) Positive Entscheidungen – Zahl der Stellungnahmen im Visumverfahren;
- c) Negative Entscheidungen – Zahl der versagenden Bescheide;
- d) Negative Entscheidungen – Zahl der Ausweisungen und Feststellungen des Verlusts des Freizügigkeitsrechts.

Nr.	Bezeichnung	2019	2020	2021	2022	2023	30.09.24
a)	Erteilte Titel u.a.	167.592	141.840	182.164	251.467	231.992	177.943
b)	Stellungnahmen Visa	10.671	6.875	8.197	9.160	11.058	7.287

c)	Versagende Bescheide	2.754	2.031	2.423	2.234	2.610	1.918
d)	Ausweisungen u.a.	687	497	420	526	476	340

10. Wie verfahren die Ausländerbehörden bei Aufenthaltstiteln, wenn kein Pass des Heimatlandes vorgelegt wird? Gibt es Unterschiede im Verfahren nach behaupteter Nationalität? (Bitte aufschlüsseln nach behaupteter Nationalität und wie sich diese Fälle seit 2015 jährlich entwickelt haben.)

Zu 10.: In der Regel setzt die Erteilung eines Aufenthaltstitels u. a. voraus, dass die Passpflicht gemäß § 3 AufenthG erfüllt wird. Danach dürfen Ausländer grundsätzlich nur in das Bundesgebiet einreisen oder sich darin aufhalten, wenn sie einen anerkannten und gültigen Pass oder Passersatz besitzen. Die Passpflicht ist jedoch auch bei Besitz eines Ausweisersatzes erfüllt. Die Ausstellung eines Ausweisersatzes für Ausländer setzt u. a. voraus, dass die betroffene Person keinen Pass oder Passersatz besitzt und diesen auch nicht in zumutbarer Weise erlangen kann.

Weitere Informationen können den vom Berliner Landesamt für Einwanderungen herausgegebenen Verfahrenshinweisen zum Aufenthalt in Berlin (VAB), s. insb. VAB B.AufenthV.55. zu den Voraussetzungen für die Ausstellung eines Ausweisersatzes, entnommen werden (<https://www.berlin.de/einwanderung/service/downloads/>).

11. Wie viele Personen haben in Berlin seit 2015 keinen Aufenthaltstitel erhalten, sondern waren/sind ausreisepflichtig? (Bitte nach Nationalität, nicht festgestellter Nationalität und Jahr aufschlüsseln.)

Zu 11.: Die Anzahl der Personen, die in der Folge der Ablehnung ihres erstmals beantragten Aufenthaltstitels ausreisepflichtig geworden sind, wird statistisch nicht erfasst.

12. Bei wie vielen Personen ist seit 2015 die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht gemäß § 58 Aufenthaltsgesetz eingetreten? (Bitte nach Nationalität und Jahr aufschlüsseln.)

Zu 12.: Eine statistische Erfassung des Zeitpunkts des Eintritts der Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht erfolgt nicht.

13. Wie viele Personen sind seit 2015 abgeschoben worden? (Bitte nach Nationalität und Jahr aufschlüsseln.)

Zu 13.: Zu den Abschiebungen der Jahre 2015-2018 wird auf nachfolgende Schriftliche Anfragen verwiesen:

2015: Drucksache 17/17759, Antwort zur Frage 1

2016: Drucksache 18/11201, Antwort zur Frage 1

2017: Drucksache 17/13106, Antwort zur Frage 1

2018: Drucksache 18/18263, Antwort zur Frage 1

Die seit 2019 erfolgten Rückführungen sind der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen:

Rückführungen in Zuständigkeit des Landes Berlin von 2019 bis 2024 (Stand 30.11.2024)						
Jahr \ Staatsangehörigkeit	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Afghanistan	21	10	11	11	35	24
Ägypten	15	4	12	1	1	2
Albanien	25	12	25	3	12	10
Algerien	11	2	6	12	11	11
Argentinien					1	
Armenien	17		15	8		1
Aserbaidtschan	12	4	2	5	6	21
Äthiopien	1		1	1		
Bangladesch	1			1		1
Belgien			1		1	
Bosnien und Herzegowina	23	22	20	122	55	5
Brasilien			1	1	2	1
Bulgarien	14	13	13	12	24	22
Burkina Faso	3	1	1	2	5	1
Chile	2	2	8	2		2
China	1					
Dominikanische Republik			1			1
Eritrea	1	1		1		
Estland	1	1			1	
Frankreich		1	1			
Gambia	4	1	3	3	3	4
Georgien	6	53	92	66	183	205
Ghana	3		3	8	4	2
Griechenland	1		1		1	2
Guinea	9	5	4	3	5	3
Indien	2					2
Indonesien	1					
Irak	28	9	10	16	9	18
Iran	13	8	3	2		

Israel	1	1	2		1	
Italien		1		1		1
Jemen	2	1			1	
Jordanien				2		2
Kambodscha	2					
Kamerun	3		1		2	
Kasachstan			1			1
Kenia	1			2		1
Kolumbien	3	1			1	
Kosovo	17	12	8	3	3	12
Kroatien	1		1		3	2
Kuba	1					
Kuwait					1	
Lettland	14	11	12	12	18	13
Libanon	13	14	31	9	11	3
Libyen	1	1		10		
Litauen	11	11	5	11	14	5
Mali	1	1				
Marokko	13	1	1	5	2	6
Moldau	333	531	409	309	684	407
Mongolei	1			1		1
Montenegro		2		1	1	
Mosambik						1
Nepal	1		1			
Nicaragua						1
Niederlande	2		2	1		
Nigeria	9	1	3	6	3	5
Nordmazedonien	10	10	8	4	28	32
Österreich		1				1
Pakistan	25	20	15	14	1	3
Palästinensische Gebiete						1
Panama			1			
Peru				1	1	
Philippinen						1
Polen	39	41	70	38	45	31
Portugal						1
Rumänien	25	14	28	15	23	27
Russische Föderation	81	24	41	27	24	13

Schweden						1
Senegal	1	1	1		1	1
Serbien	63	59	54	66	63	81
Slowakei		1			2	2
Slowenien			1	1		
Somalia	3	2	2	4	1	1
Spanien						1
Sri Lanka					1	
Staatenlos	1	2	1	3	1	4
Sudan	2	1	1			
Syrien	6	3	5	6	12	12
Tansania	2					
Togo						1
Tschechien		1	1	1	1	3
Tunesien	12	9	11	14	10	4
Türkei	38	25	27	28	34	69
Turkmenistan					1	
Uganda	2					
Ukraine	7	6	16	2	1	1
Ungarn	1	2		1	1	
Ungeklärt	18	9	7	9		4
Venezuela	2					1
Vereinigte Staaten	2		2		1	1
Vereinigtes Königreich GB						1
Vietnam	16	4		9	14	3
Weißrussland	2	1	2	1		
Summe	1003	974	1005	897	1370	1100

Quelle: Rückführungsstatistik des Landesamtes für Einwanderung (LEA)

14. Bei wie vielen Personen scheiterte seit 2015 aus welchen Gründen die geplante/begonnene Abschiebung? (Bitte nach Nationalität und Jahr aufschlüsseln.)

Zu 14.: Eine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung erfolgt nicht.

15. Wie viele Personen sind seit 2015 freiwillig ausgereist? (Bitte aufschlüsseln nach Nationalität und Jahr.)

Zu 15.: Das LEA wertet seit dem Jahr 2016 monatlich das dort genutzte Fachverfahren im Hinblick auf die Anzahl der freiwilligen Ausreisen von Ausländerinnen und Ausländern aus. Für das Jahr 2015 erfolgte noch keine entsprechende Auswertung. Die automatisierte Auswertung erfasst auch Personen, die melderechtlich als „unbekannt verzogen“ erfasst

worden sind. Im Jahr 2019 wurde der betrachtete Personenkreis aufgrund bundesländerübergreifender Abstimmungen angepasst und umfasst seitdem neben Geduldeten, Gestatteten und Inhabern einer Grenzübertrittsbescheinigung zusätzlich auch Inhaber von humanitären Aufenthaltstiteln (§§ 23 Abs. 1, 24, 25 Abs. 1 bis 3 und 25 Abs. 5 AufenthG), die freiwillig ausgereist sind. Es besteht daher keine durchgängige Vergleichbarkeit der seit 2016 erfassten Zahlen. Die nach diesen Maßgaben erfassten freiwilligen Ausreisen können der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden:

Freiwillige Ausreisen 2016-2024 (Stand Oktober 2024)	
2016	9.601
2017	3.629
2018	2.799
2019	5.767
2020	4.576
2021	4.588
2022	8.910
2023	13.813
2024	10.869

Quelle: Auswertungen des LEA

Eine statistische Erfassung der Staatsangehörigkeiten der freiwillig ausgereisten Personen erfolgt nicht.

16. Wie viele freiwillig ausgereiste Personen sind nach Berlin/Deutschland mit welcher Begründung zurückgekehrt? (Bitte aufschlüsseln nach Nationalität und Jahr.)

Zu 16.: Eine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung erfolgt nicht.

17. Wie viele unbegleitete Minderjährige sind seit 2015 eingereist und leben im Land Berlin? (Bitte aufschlüsseln nach Nationalität und Jahr.)

Zu 17.: Für die Anzahl der neu erfassten unbegleiteten Minderjährigen und die von Ihnen angegebene Staatsangehörigkeit für die Jahre 2015 bis einschließlich 2022 verweise ich auf die Antwort zu 1. der Schriftlichen Anfrage 19/14828.

Die Angaben für die Jahre 2023 und den aktuellen Stand 2024 ist der Tabelle 1 zu entnehmen.

Ersterfassungen UMF	2023	2024*
Erstmeldungen	3.104	1.654

Tabelle 1: Ersterfassung UMF 2023-2024, ISBJ-UMA DWH.

* Stand 05.12.2024

Die Hauptherkunftsländer der Jahre 2023 und 2024 stellen sich wie folgt dar:

2024: Ukraine, Syrien, Afghanistan, Türkei, Kambodscha.

(aus diesen fünf Herkunftsländern kamen ca. 70 % der ersterfassten UMF).

2023: Syrien, Afghanistan, Ukraine, Türkei, Benin

(aus diesen fünf Herkunftsländern kamen ca. 80 % der ersterfassten UMF).

Die Anzahl der UMF In Obhut der bezirklichen Jugendämter ist der Tabelle 2 zu entnehmen.

Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024*
UMF in Zuständigkeit der bez. Jugendämter	786	1395	938	901	783	544	465	753	1549	1861

Tabelle 2: UMF in Obhut der Bezirklichen Jugendämter. Quelle: Referatsinterne Statistik 2015-17 III B, ab 2018 SoPart.

18. Bei wie vielen Personen konnte die Nationalität nicht festgestellt werden? (Bitte aufschlüsseln nach den Jahren 2015 bis 2024.)

Zu 18.: Eine statistische Erfassung zum benannten Personenkreis erfolgt nicht.

19. Wie viele Asylanten, Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten sind seit 2015 in den Arbeitsmarkt integriert worden und wie viele hiervon erhalten Gelder zur Existenzsicherung/Bürgergeld? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr und Nationalität.)

Zu 19.: Der in der Frage genannte Personenkreis (Asylanten, Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten) wird in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nicht abgebildet. Ersatzweise ist der Personenkreis aus Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien (Top 8 Asylherkunftsländer) sowie Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit ausgewertet worden.

Die Integration in den Arbeitsmarkt von Personen aus den Asylherkunftsländern und der Ukraine zeigt sich an dem deutlichen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen und geringfügig Beschäftigten ab 2015 und kann für den Zeitraum 2015 bis März 2024 dem der Anlage-2 entnommen werden.

Die Angaben zum Bezug von Grundsicherungsleistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) für den gleichen Personenkreis und Zeitraum können der Tabelle 1 in der Anlage 3 entnommen werden.

20. Wie viele Asylanten, Flüchtlinge und Wirtschaftsmigranten bekamen Hartz IV und erhalten jetzt Bürgergeld und wie hoch ist die ausgezahlte Summe jeweils und insgesamt? (Bitte nach Nationalität und für die Jahre von 2015 bis 2022 aufschlüsseln.)

Zu 20.: Im SGB XII und SGB II wird nicht nach den in der Fragestellung benannten Personengruppen unterschieden. Es erfolgt im 4. Kapitel eine Unterscheidung nach „voll erwerbsgemindert“ bzw. „im Alter /Rentenalter“ und im 3. Kapitel nach „erwerbsgemindert“ auf Zeit.

21. Wie hoch sind die Kosten, die dem Land Berlin und den Bezirken für die Unterbringung von Flüchtlingen anfallen? (Bitte aufschlüsseln nach genauen Kosten für Unterbringung, Personal, Kosten für Instandhaltung der Liegenschaften, Wachschatz, ärztliche Betreuung etc.)

Zu 21.: In den Bezirken werden wohnungslose Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte durch die sozialen Wohnhilfen in ASOG-Unterkünften untergebracht. Hierbei handelt es sich nicht um vertraglich gebundene Unterkünfte. Daher liegen keine vertraglichen Vereinbarung zum Einsatz von Personal bzw. der teilweisen Übernahme von Instandhaltungskosten vor. Ärztliche Betreuung wird mitunter in von sozialen Trägern geführten ASOG-Unterkünften organisiert, die Kosten hierzu werden durch die Krankenkassen getragen, bei denen die jeweiligen Personen versichert sind.

Die weiterführende Beantwortung dieser Frage hinsichtlich der Kosten der durch das LAF unterbrachten Personen erfolgt in der Anlage 1 zu dieser Anfrage. Bei Anlage 1 handelt es sich um eine Verschlussache nur für den Dienstgebrauch.

Die Antwort auf die Schriftliche Anfrage ist ohne die Anlagen nicht als Verschlussache zu behandeln.

Die Angaben zu vertraglichen Vereinbarungen des LAF sowie zur Höhe der vereinbarten Kosten des Betriebes sind als Verschlussache nur für den Dienstgebrauch einzustufen, weil durch die Veröffentlichung eine Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen des Landes Berlin nachteilig sein kann.

Das Fragerecht und die Antwortpflicht gemäß § 45 Absatz 1 Verfassung von Berlin (VvB) unterliegen Grenzen, die durch das Bundesverfassungsgericht und den Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin näher konkretisiert worden sind. Die Anlage, in der eine Angabe der Miete erfolgt, ist als Verschlussache nur für den Dienstgebrauch i. S. d. § 5 Nummer 4 der Anlage 6 zur GO Abgh und § 45 Absatz 4 der GGO i. V. m. der Verschlussachenanordnung (VSA) einzustufen. Es besteht ein öffentliches Interesse an der Geheimhaltung gemäß § 5 Nummer 4 der Anlage 6 zur GO Abgh und § 45 Absatz 4 der

GGO I i. V. m. der VSA, da die Kenntnisnahme durch Unbefugte für das Interesse des Landes Berlin nachteilig sein kann. Die vereinbarten Kostenpositionen würden bekannt und somit würden Verhandlungsspielräume des Landes Berlin bei künftigen Vergabeverfahren oder Verhandlungen am Markt eingeschränkt. Eine solche Darlegung des Rahmens in dessen Grenzen bestimmte Geschäfte abgewickelt oder Preise verhandelt werden, könnten somit für künftige Geschäfte zu Lasten des Landes ausgenutzt werden und den wirtschaftlichen Spielraum nachteilig einschränken.

Im Rahmen der Abwägung beiderseitiger Interessen nach dem Grundsatz der praktischen Konkordanz, bei der Entscheidung der Frage über die Veröffentlichung dieser Daten, wird durch Angaben der erfragten Daten in der Anlage 3 als Verschlussache eine alternative Form der Beantwortung gewählt, die das Informationsinteresse des Abgeordnetenhauses unter Wahrung des Grundrechtsschutzes auf verhältnismäßige Weise befriedigt. Ohne das Gewicht des so ausgestalteten Fragerechts zu verkennen, ermöglicht die Nichtveröffentlichung dem Abgeordneten seine Kontrollrechte weitergehend wahrzunehmen.

22. Welche Kosten hat der Bund in den Jahren seit 2015 übernommen und welche Kosten sind dem Land Berlin geblieben? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr und Art der Kosten, z. B. Unterbringung, Instandhaltung und Betreuung.)

Zu 22.: Eine Übernahme der Kosten entsprechend der Fragestellung erfolgt nicht durch den Bund. Der Bund beteiligt sich im Rahmen der Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und SGB XII anteilig an den Gesamtkosten, die das Land Berlin allen Empfängerinnen und Empfängern in der Leistungsgewährung gezahlt hat.

Weitere Informationen können dem nachfolgenden Hinweis auf die Informationsseite des Bundesfinanzministeriums entnommen werden.

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Kommunalfinanzen/entlastungen-der-kommunen-durch-den-bund-im-detail.html

23. Wie viele Personen sind seit 2015 illegal nach Berlin eingereist und wie hat sich die Dunkelziffer dieses Personenkreises in diesem Zeitraum entwickelt? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr und Nationalität.)

Zu 23.: Eine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung erfolgt nicht.

24. Wie viele Personen kamen seit 2015 nach Berlin, die über sichere europäische Länder eingereist sind und der Dublin-III-Verordnung unterliegen? (Bitte aufschlüsseln nach Nationalität, Land der Erstankunft in Europa und Jahr, inklusive Ukrainer.)

Zu 24.: Eine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung erfolgt nicht.

25. Wie viele Personen wurden nach der Dublin-III-Verordnung wieder in andere europäische Länder zurückgeführt? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Land, in das wie viele Personen zurückgeführt wurden, und jeweiliger Nationalität.)

Zu 25.: Eine auswertbare statistische Erfassung erfolgt erst seit dem Jahr 2019. Das Zielland der Überstellung wird statistisch nicht erfasst.

Die Überstellungen nach Dublin-III-Verordnung ergeben sich aus nachfolgender Übersicht:

Überstellungen nach Dublin-III -Verordnung von 2019 bis 2024 (Stand 30.11.2024)						
Jahr \ Staatsangehörigkeit	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Afghanistan	19	6	8	10	35	13
Ägypten	1					
Albanien	4					
Algerien	1	1	5	4	1	1
Armenien	6			4		
Aserbaidshan	7	2	1	2	3	2
Äthiopien			1	1		
Burkina Faso	2	1	1	2	3	
Eritrea	1	1		1		
Gambia	2	1				
Georgien	2	5	16	4		
Ghana	1					
Guinea	8	5	2	3	4	3
Irak	26	8	2	12	3	10
Iran	10	8		1		
Jemen	2	1				
Kamerun					1	
Kenia	1					
Kuba	1					
Kuwait					1	
Libanon	1	1			1	
Libyen	1	1		10		
Marokko	1	1	1	4		
Moldau	5	14	36	28	6	

Nigeria	4		1	1	1	
Nordmazedonien	7					
Pakistan	1			2		
Russische Föderation	48	11	12	15	23	12
Senegal	1	1	1			
Serbien			2		1	
Somalia	2	2	2	3	1	1
Staatenlos						1
Sudan	1		1			
Syrien	3	2	3	4	8	5
Tansania	2					
Türkei	6	2		3	9	23
Turkmenistan					1	
Ukraine	4	1	1	2	1	1
Ungeklärt	16	8	4	5		3
Vietnam	1				1	
Weißrussland				1		
Summe	198	83	100	122	104	75

Quelle: Rückführungsstatistik des Landesamtes für Einwanderung (LEA)

26. Wie viele Asylsuchende sind durch Straftaten seit 2015 auffällig geworden? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Nationalität und Tatbeständen.)

Zu 26.: Zur Beantwortung der Schriftlichen Anfrage werden Fälle mit mindestens einer tatverdächtigen Person ausgewertet.

Die angegebenen Daten wurden der fortgeschriebenen polizeilichen Eingangsstatistik (sog. Verlaufsstatistik) Datawarehouse Führungsinformation (DWH FI) entnommen.]

Da DWH FI stets den tagesaktuellen Stand der im Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS) erfassten Daten widerspiegelt, unterliegt der Datenbestand einer fortlaufenden Änderung. Dadurch können unterschiedliche Abfragezeitpunkte zu voneinander abweichenden Ergebnissen führen.

Der Aufenthaltsanlass „Asylsuchende“ ist im POLIKS nicht existent. Im Folgenden werden daher alle Straftaten (inclusive der ausländerrechtlichen Verstöße) mit mindestens einer tatverdächtigen Person, zu welcher der Aufenthaltsanlass „Asylbewerber“ erfasst wurde, abgebildet.

Rückschlüsse auf die Anzahl der tatverdächtigen Personen können nicht gezogen werden, da in einem Fall auch mehrere tatverdächtige Personen ermittelt worden sein können. Umgekehrt kann eine einzelne Person auch in mehreren Fällen tatverdächtig sein.

Die erfragten Daten sind der Anlage 4 zur Schriftlichen Anfrage entnehmen.

27. Wie viele der in Frage 26 festgestellten Personen waren Minderjährige/unbegleitete Minderjährige? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Nationalität und Altersgruppen, bspw. 10- bis 14-Jährige, 15- bis 18-Jährige und 18- bis 21-Jährige.)

Zu 27.: Zur Fragestellung erfolgt keine statistische Erfassung, eine Auswertung zur Fragestellung liegt nicht vor.

28. Wie hoch sind die Kosten für wie viele unbegleitete Minderjährige jeweils in den Jahren 2015 bis heute?

Zu 28.: Für die UMF in Zuständigkeit der SenBJF ab 2015 und den bezirklichen Jugendämtern ab 2017 entstandenen Kosten einschließlich 2022 verweise ich auf die auf die Antwort zu 6. der Schriftlichen Anfrage 19/14828.

Die Kosten für die in Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie in Obhut genommenen sowie untergebrachten und betreuten UMF für die Jahre 2023 bis 2024 sind der nachfolgenden Tabelle 3 zu entnehmen.

Jahr	Ausgaben
2023	79.126.729,72
2024* Stand: 05.12.2024	84.480.547,91€

Tabelle 3: Ausgaben Bereich UMF, Summe der Titel 67147, 67176, 63302, 11937 u. 23302.

Zusätzlich sind in nachfolgender Tabelle 4 die Transferausgaben der Bezirke für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Zuständigkeit der bezirklichen Jugendämter für die Jahre 2023 und 2024 aufgelistet. Für die Angaben für die Jahre 2015 bis einschließlich 2022 verweise ich auf die auf die Antwort zu 6. der Schriftlichen Anfrage 19/14828.

Bezirke	Ausgaben in €	
	2023	2024 Stand: 05.12.2024
Gesamtsumme Berlin	93.641.108 €	119.643.914 €

Tabelle 4: ISBJ-SoPart Buchungsdaten

29. Wird bei unbegleiteten Minderjährigen die Richtigkeit der Altersangabe überprüft? Wenn ja, auf welche Weise und in wie vielen Fällen (absolut und verhältnismäßig) geschieht dies? Wenn nein, mit welcher Begründung wird dies nicht vorgenommen? Bei wie vielen überprüften unbegleiteten Minderjährigen wurde mit welcher Konsequenz festgestellt, dass das angegebene Alter nicht korrekt war?

Zu 29.: Zur Beantwortung der Fragestellung wird auf die Schriftliche Anfrage 19/17695 verwiesen. Ergänzend wird Folgendes mitgeteilt: Wird aufgrund der Alterseinschätzung angenommen, dass die Person volljährig ist, wird die Inobhutnahme beendet. Die erfolgt in rund 20 bis 30 % der Fälle.

30. Bei wie vielen unbegleiteten Minderjährigen kam es zu einem Familiennachzug? Wie viele Familienangehörige kamen in diesem Zusammenhang je unbegleitetem Minderjährigen und absolut nach Berlin?

Zu 30.: Zur Fragestellung liegt keine statistische Erfassung vor.

31. Bei wie vielen unbegleiteten Minderjährigen fiel die Prüfung des Asylantrages mit Vollendung des 18. Lebensjahres negativ aus?

Die Asylantragstellung fällt in die Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration. Nur in Ausnahmefällen, wenn bis zur Volljährigkeit kein Vormund bestellt werden kann, stellt die SenBJF den Antrag für den Minderjährigen. Mit Erreichen der Volljährigkeit entfällt für die SenBJF die datenschutzrechtliche Berechtigung, Informationen über den Ausgang der Verfahren zu erhalten.

Berlin, den 11. Dezember 2024

In Vertretung

Aziz Bozkurt

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Impressum

Auftragsnummer:	368715
Titel:	Beschäftigte, darunter aus den Asylherkunftsländern und der Ukraine
Region:	Wohnort: Berlin
Berichtsmonat:	Jahresvergleichsstichtage 30. Juni und 31. März 2024, Datenstand: Oktober 2024
Erstellungsdatum:	03.12.2024
Hinweise:	
Herausgeberin:	Bundesagentur für Arbeit Statistik
Rückfragen an:	Statistik-Service Ost Friedrichstraße 34 10969 Berlin
E-Mail:	Statistik-Service-Ost@arbeitsagentur.de
Hotline:	030/555599-7373
Fax:	030/555599-7375
Internet:	https://statistik.arbeitsagentur.de
Zitierhinweis:	Statistik der Bundesagentur für Arbeit Auftragsnummer 365279
Nutzungsbedingungen:	© Statistik der Bundesagentur für Arbeit Die Produkte unterliegen dem Urheberrecht (siehe Impressum). Daten und Tabellen dürfen uneingeschränkt verwendet werden. Informationen dürfen (auch auszugsweise) gespeichert und mit Quellenangabe weitergegeben, vervielfältigt und verbreitet werden. Die Inhalte dürfen nicht verändert oder verfälscht werden. Eigene Berechnungen sind erlaubt, jedoch als solche kenntlich zu machen. Im Fall einer Veröffentlichung im Internet soll dies mit einer Verlinkung auf die Homepage der Statistik der Bundesagentur für Arbeit erfolgen.



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, darunter aus den Asylherkunftsländern und der Ukraine

Wohnort: Berlin

Jahresvergleichsstichtage 30. Juni und 31. März 2024, Datenstand: Oktober 2024

Wohnort (WO): Alle Beschäftigten, die in der betreffenden Region wohnen, unabhängig vom Arbeitsort.

Staatsangehörigkeit	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	31. 03 2024
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Insgesamt	1.200.995	1.246.638	1.298.749	1.343.027	1.382.905	1.384.892	1.419.156	1.477.635	1.499.391	1.496.075
Ausland	144.664	167.247	193.209	218.304	238.315	243.154	267.394	311.602	340.229	348.858
Asylherkunftsländer ¹⁾	3.121	4.641	7.319	10.925	14.087	15.449	19.110	24.862	29.113	31.489
Ukraine	2.660	3.110	3.632	4.046	4.420	4.919	5.537	8.970	12.376	13.302

Erstellungsdatum: 03.12.2024, Statistik-Service Ost, Auftragsnummer 368715

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.



Ausschließlich geringfügig Beschäftigte, darunter aus den Asylherkunftsländern und der Ukraine

Wohnort: Berlin

Jahresvergleichsstichtage 30. Juni und 31. März 2024, Datenstand: Oktober 2024

Wohnort (WO): Alle Beschäftigten, die in der betreffenden Region wohnen, unabhängig vom Arbeitsort.

Staatsangehörigkeit	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	31. 03 2024
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Insgesamt	148.403	147.916	145.329	142.884	139.127	118.911	117.878	121.850	130.453	126.060
Ausland	27.586	28.133	27.974	28.564	28.539	23.874	24.106	25.952	29.219	29.320
Asylherkunftsländer ¹⁾	1.115	1.544	2.356	3.246	3.637	3.085	3.255	3.548	3.891	4.304
Ukraine	585	566	553	544	530	424	428	925	1.667	2.083

Erstellungsdatum: 03.12.2024, Statistik-Service Ost, Auftragsnummer 368715

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Methodische Hinweise zu sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten

Grundlage der Statistik bildet das Meldeverfahren zur Sozialversicherung, in das alle Arbeitnehmer (einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten) einbezogen sind, die der Kranken- oder Rentenversicherungspflicht oder der Versicherungspflicht nach dem SGB III unterliegen. Auf Basis der Meldungen zur Sozialversicherung durch die Betriebe wird monatlich (stichtagsbezogen) mit 6 Monaten Wartezeit der Bestand an sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten ermittelt.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfassen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung zu zahlen sind. Dazu gehören insbesondere auch Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikanten, Werkstudenten und Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden. Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen dagegen Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten, sowie Wehr- und Zivildienstleistende (siehe o. g. Ausnahme).

Als **Midijobs** bezeichnet man Beschäftigungsverhältnisse mit einem Arbeitsentgelt im Übergangsbereich (vor dem 01.07.2019 wurde dieser Gleitzone genannt).

Der Übergangsbereich für Midijobs wird regelmäßig vom Gesetzgeber angepasst:

ab	bis	Gleitzone / Übergangsbereich
	31.12.2012	400,01 € bis 800,00 €
01.01.2013	30.06.2019	450,01 € bis 850,00 €
01.07.2019	30.09.2022	450,01 € bis 1.300,00 €
01.10.2022	31.12.2022	520,01 € bis 1.600,00 €
01.01.2023	31.12.2023	520,01 € bis 2.000,00 €
01.01.2024		538,01 € bis 2.000,00 €

Um Midijobber im Übergangsbereich als Geringverdiener zu entlasten, resultieren die Arbeitnehmeranteile aus einer reduzierten Bemessungsgrundlage. Bis zum 30.06.2019 führte die Reduzierung der Arbeitnehmerbeiträge zur Rentenversicherung bei Midijobs auch zu geminderten Rentenansprüchen, es sei denn, der Beschäftigte hat auf die Anwendung der Gleitzone in der Rentenversicherung ausdrücklich verzichtet. Dies ist im Übergangsbereich seit dem 01.07.2019 nicht mehr der Fall. Die verminderte Beitragsbemessungsgrundlage spielt für die Entgeltpunkte in der Rentenversicherung keine Rolle mehr. Damit entfällt auch die Notwendigkeit für Arbeitnehmer, auf die Anwendung der Gleitzone in der Rentenversicherung zu verzichten, um Rentennachteile zu vermeiden.

In der Statistik über Midijobs wird unterschieden nach:

- Monatliches Arbeitsentgelt liegt durchgehend innerhalb des Übergangsbereichs.
- Monatliches Arbeitsentgelt liegt sowohl innerhalb als auch außerhalb des Übergangsbereichs („Mischfälle“).

Auswertungen zu den Midijobs können nicht quartalsweise, sondern nur zum Stichtag 31.12. vorgenommen werden. Nur für diesen Stichtag liegen weitgehend vollzählige Angaben über Beschäftigten im Übergangsbereich vor. Auswertungen zu den Midijobs liegen ab dem Stichtag 31.12.2003 vor.

Zu den **geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen** zählen Arbeitsverhältnisse mit einem niedrigen Lohn (**geringfügig entlohnte Beschäftigung**) oder mit einer kurzen Dauer (kurzfristige Beschäftigung). Beide werden auch als **"Minijob"** bezeichnet.

Eine **geringfügig entlohnte Beschäftigung** nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung (§ 14 SGB IV) regelmäßig im Monat die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet.

ab	bis	Geringfügigkeitsgrenze
	31.03.2003	325,00 €
01.04.2003	31.12.2012	400,00 €
01.01.2013	30.09.2022	450,00 €
01.10.2022	31.12.2023	520,00 €
01.01.2024		538,00 €

Regelmäßig bedeutet, dass, wenn die Grenze nur gelegentlich und nicht vorhersehbar überschritten wird, trotzdem eine geringfügig entlohnte Beschäftigung vorliegt.

Eine Berichterstattung der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten erfolgt seit dem Stichtag 30.06.1999, geringfügig entlohnte Beschäftigte im Nebenjob können ab dem Stichtag 30.06.2003 ausgewertet werden.

Auch die **Minijob-Zentrale der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See** veröffentlicht Daten über geringfügig entlohnte Beschäftigte im Rahmen eines vierteljährlichen Geschäftsberichts. Diese Daten stellen keine amtliche Statistik dar und sind nicht geeignet, statistische Aussagen über die Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation in Deutschland zu treffen. Ebenso wenig sind sie eine verlässliche Grundlage für Erwerbstätigenrechnungen oder Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR). Sie liefern vielmehr Informationen über die Geschäftsprozesse der Minijob-Zentrale; es handelt sich somit um Geschäftsdaten. Daher sind die Daten auch nicht mit den statistischen Daten der BA, welche die amtliche Statistik über geringfügig entlohnte Beschäftigte führt, vergleichbar.

Eine **kurzfristige Beschäftigung** nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV liegt vor, wenn die Beschäftigung für eine Zeitdauer ausgeübt wird, die im Laufe eines Kalenderjahres, oder auch kalenderjahrüberschreitend, auf nicht mehr als drei Monate oder insgesamt 70 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich (z. B. durch einen auf längstens ein Jahr befristeten Rahmenarbeitsvertrag) begrenzt ist (im Zeitraum vor dem 01.01.2015 lagen die Fristen bei zwei Monaten oder insgesamt 50 Arbeitstagen).

Übergangsregelungen: Aufgrund der **Corona-Pandemie** sind die Zeitgrenzen für kurzfristige Beschäftigungen übergangsweise neu geregelt worden. Für die Zeit vom 01.03.2020 bis 31.10.2020 galten die Zeitgrenzen von fünf Monaten oder 115 Arbeitstagen. Für die Zeit vom 01.03.2021 bis 31.10.2021 galten die Zeitgrenzen von vier Monaten oder 102 Arbeitstagen.

Auswertungen zu ausschließlich kurzfristig Beschäftigten sind ab Januar 2000 möglich. Kurzfristig Beschäftigte insgesamt sowie kurzfristig Beschäftigte im Nebenjob sind ab April 2003 auswertbar.

Diese weitere Unterteilung der Daten über kurzfristig Beschäftigte in ausschließlich und im Nebenjob kurzfristig Beschäftigte ist allerdings aus Geheimhaltungsgründen nicht zu empfehlen, da die Fallzahlen relativ gering sind.

Werden von einer Person **mehrere geringfügige Beschäftigungen** ausgeübt, gelten folgende Regeln:

1. Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ist neben einer kurzfristigen Beschäftigung erlaubt.
2. Bei der gleichzeitigen Ausübung von mehreren geringfügig entlohnten Beschäftigungen darf die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschritten werden.
3. Bei der Ausübung von mehreren kurzfristigen Beschäftigungen darf die Zeitgrenze, innerhalb des vorgegebenen Zeitraumes, nicht überschritten werden.

Neben einer nicht geringfügigen versicherungspflichtigen (Haupt-)Beschäftigung ist die Ausübung einer geringfügigen (Neben-)Beschäftigung zulässig. Für den Fall, dass ein Arbeitnehmer neben einer nicht geringfügigen versicherungspflichtigen Beschäftigung bei anderen Arbeitgebern geringfügig entlohnte Beschäftigungen ausübt, gilt für die Bereiche der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, dass geringfügig entlohnte Beschäftigungen - mit Ausnahme einer geringfügig entlohnten Beschäftigung - mit einer nicht geringfügigen versicherungspflichtigen Beschäftigung zusammenzurechnen sind. Vgl. Richtlinien für die versicherungsrechtliche Beurteilung von geringfügigen Beschäftigungen (Geringfügigkeits-Richtlinien) vom 20. Dezember 2012.

Mehrfachbeschäftigte, die gleichzeitig zwei oder mehr geringfügigen Beschäftigungen nachgehen, werden nur nach den Merkmalen der zuletzt aufgenommenen Beschäftigung ausgewiesen.

Die erhobenen Daten unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung nach § 16 BStatG. Eine Übermittlung von Einzelangaben ist daher ausgeschlossen. Aus diesem Grund werden Zahlenwerte unter 3 und Daten, aus denen sich rechnerisch eine Differenz ermitteln lässt, mit * anonymisiert. Gleiches gilt, wenn in einer Region oder in einem Wirtschaftszweig weniger als 3 Betriebe ansässig sind oder einer der Betriebe einen so hohen Beschäftigtenanteil auf sich vereint, dass die Beschäftigtenzahl praktisch eine Einzelangabe über diesen Betrieb darstellt (Dominanzfall). Hierbei gilt: Bei 3 bis 9 Betrieben, die hinter einer Beschäftigtenzahl stehen, darf keiner der Betriebe 50 oder mehr Prozent der Beschäftigten auf sich vereinen. Bei 10 oder mehr Betrieben dürfen auf keinen Betrieb 85 oder mehr Prozent der Beschäftigten entfallen.

Weiterführende Informationen zur Statistik der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung finden Sie unter:

[Qualitätsbericht-Statistik-Beschaeftigung.pdf](#)



Statistik-Infoseite

Im Internet stehen statistische Informationen unterteilt nach folgenden Themenbereichen zur Verfügung:

Fachstatistiken:

- [Arbeitsuche, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung](#)
- [Ausbildungsmarkt](#)
- [Beschäftigung](#)
- [Einnahmen/Ausgaben](#)
- [Förderung und berufliche Rehabilitation](#)
- [Gemeldete Arbeitsstellen](#)
- [Grundsicherung für Arbeitsuchende \(SGB II\)](#)
- [Leistungen SGB III](#)

Themen im Fokus:

- [Berufe](#)
- [Bildung](#)
- [Corona](#)
- [Demografie](#)
- [Eingliederungsbilanzen](#)
- [Entgelt](#)
- [Fachkräftebedarf](#)
- [Familien und Kinder](#)
- [Frauen und Männer](#)
- [Jüngere](#)
- [Langzeitarbeitslosigkeit](#)
- [Menschen mit Behinderungen](#)
- [Migration](#)
- [Regionale Mobilität](#)
- [Transformation](#)
- [Ukraine-Krieg](#)
- [Wirtschaftszweige](#)
- [Zeitarbeit](#)

Die [Methodischen Hinweise](#) der Statistik bieten ergänzende Informationen.

Die [Qualitätsberichte](#) der Statistik erläutern die Entstehung und Aussagekraft der jeweiligen Fachstatistik.

Das [Glossar](#) enthält Erläuterungen zu allen statistisch relevanten Begriffen, die in den verschiedenen Produkten der Statistik der BA Verwendung finden.

Abkürzungen und Zeichen, die in den Produkten der Statistik der BA vorkommen, werden im [Abkürzungsverzeichnis](#) bzw. der [Zeichenerklärung](#) der Statistik der BA erläutert.

Impressum

Auftragsnummer:	368715
Titel:	Regelleistungsberechtigte (RLB) und erwerbsfähige Leistungsberechtigte
Region:	Land Berlin
Berichtsmonat:	Zeitreihe, Datenstand: November 2024
Erstellungsdatum:	03.12.2024
Hinweise:	
Herausgeberin:	Bundesagentur für Arbeit Statistik
Rückfragen an:	Statistik-Service Ost Friedrichstraße 34 10969 Berlin
E-Mail:	Statistik-Service-Ost@arbeitsagentur.de
Hotline:	030/555599-7373
Fax:	030/555599-7375
Internet:	https://statistik.arbeitsagentur.de
Zitierhinweis:	Statistik der Bundesagentur für Arbeit Auftragsnummer 368715
Nutzungsbedingungen:	© Statistik der Bundesagentur für Arbeit Die Produkte unterliegen dem Urheberrecht (siehe Impressum). Daten und Tabellen dürfen uneingeschränkt verwendet werden. Informationen dürfen (auch auszugsweise) gespeichert und mit Quellenangabe weitergegeben, vervielfältigt und verbreitet werden. Die Inhalte dürfen nicht verändert oder verfälscht werden. Eigene Berechnungen sind erlaubt, jedoch als solche kenntlich zu machen. Im Fall einer Veröffentlichung im Internet soll dies mit einer Verlinkung auf die Homepage der Statistik der Bundesagentur für Arbeit erfolgen.

Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Staatsangehörigkeit

Land Berlin

Zeitreihe (Jahresdurchschnittswerte und Berichtsmonat), Datenstand: November 2024

Auswertungen für erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Merkmalen der Beschäftigungsstatistik haben eine Wartezeit von 6 Monaten.

Merkmal	Staatsangehörigkeit	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	März 2024
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Erwerbstätige ELB ¹⁾	Insgesamt	119.836	115.584	110.087	102.157	93.617	83.797	75.841	72.917	70.251	71.223
	Ausland	43.180	43.408	43.736	42.845	41.332	37.463	35.566	35.620	35.240	36.138
	Asylherkunftsländer ²⁾	1.600	2.122	3.420	5.132	6.385	6.331	6.377	6.481	6.576	7.200
	Ukraine	869	808	760	699	619	504	423	1.048	2.232	2.766
dar. selbständig erwerbstätige ELB	Insgesamt	22.062	19.528	16.902	14.432	12.198	11.984	12.102	10.754	10.064	10.248
	Ausland	7.306	6.685	6.025	5.172	4.380	4.262	4.494	3.954	3.584	3.672
	Asylherkunftsländer ²⁾	196	184	221	251	299	370	439	376	313	323
	Ukraine	135	127	129	115	92	82	78	109	215	296
abhängig erwerbstätige ELB	Insgesamt	99.285	97.428	94.453	88.899	82.433	72.642	64.452	62.844	60.787	61.620
	Ausland	36.360	37.188	38.145	38.086	37.331	33.502	31.350	31.918	31.879	32.692
	Asylherkunftsländer ²⁾	1.415	1.950	3.212	4.897	6.110	5.985	5.977	6.130	6.279	6.889
	Ukraine	739	686	640	592	534	427	351	944	2.027	2.481
dar. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Insgesamt	59.753	60.402	60.201	56.896	53.094	47.576	41.538	38.845	36.261	36.738
	Ausland	21.569	22.621	23.737	23.973	23.916	21.828	20.400	20.148	19.163	19.395
	Asylherkunftsländer ²⁾	626	838	1.449	2.424	3.341	3.559	3.700	3.744	3.650	3.956
	Ukraine	384	377	373	348	319	270	206	423	758	946
ausschließlich geringfügig Beschäftigte	Insgesamt	28.834	27.012	24.750	23.069	21.122	16.992	16.731	17.787	18.481	18.930
	Ausland	10.704	10.532	10.346	10.158	9.593	7.822	7.980	8.621	9.488	9.949
	Asylherkunftsländer ²⁾	562	814	1.308	1.785	1.899	1.528	1.522	1.580	1.803	2.006
	Ukraine	294	255	218	198	173	120	112	377	981	1.223

Erstellungsdatum: 03.12.2024, Statistik-Service Ost, Auftragsnummer 368713

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB), die über Bruttoeinkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit und/oder über Betriebsgewinn aus selbständiger Tätigkeit verfügen.

2) Enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Regelleistungsberechtigte (RLB) und ihre Zahlungsansprüche auf Gesamtregelleistung (Bürgergeld) nach Staatsangehörigkeit

Land Berlin

Zeit (Jahresdurchschnittswerten bzw. Jahressummen und Berichtsmonat), Datenstand: November 2024

Daten zu Leistungen nach dem SGB II nach einer Wartezeit von 3 Monaten.

Jahreswerte bzgl. Personenbestand als Jahresdurchschnitt, bei der Höhe der Zahlungsansprüche als Jahressumme

Metriken	Staatsangehörigkeit	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Jul 24
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bestand Regelleistungsberechtigte (RLB)	Insgesamt	556.161	543.745	538.655	512.422	484.867	487.838	476.426	451.404	452.505	452.898
	Ausland	160.908	167.841	186.918	186.582	182.964	187.556	187.476	189.517	201.902	204.805
	Asylherkunftsländer ²⁾	12.767	21.886	39.772	45.615	48.830	50.888	50.473	49.121	50.558	53.179
	Ukraine	2.463	2.294	2.183	2.065	1.943	1.900	1.849	14.720	28.499	29.028
dar. RLB mit Zahlungsanspruch auf Gesamtregelleistung (Bürgergeld) ¹⁾	Insgesamt	555.315	542.925	537.895	511.603	484.171	487.789	476.380	451.356	452.483	452.883
	Ausland	160.683	167.613	186.699	186.310	182.738	187.539	187.460	189.498	201.894	204.797
	Asylherkunftsländer ²⁾	12.762	21.880	39.758	45.596	48.811	50.886	50.471	49.119	50.557	53.179
	Ukraine	2.459	2.292	2.181	2.061	1.942	1.899	1.849	14.719	28.498	29.028
Höhe Zahlungsanspruch auf Gesamtregelleistung (Bürgergeld) ¹⁾ in Tsd. Euro	Insgesamt	2.882.798	2.846.365	2.902.396	2.833.273	2.725.627	2.883.829	2.929.021	2.840.866	3.198.505	292.522
	Ausland	843.774	915.427	1.088.178	1.122.407	1.104.926	1.196.193	1.204.288	1.235.499	1.493.165	137.123
	Asylherkunftsländer ²⁾	83.237	155.574	300.451	347.040	350.086	376.480	342.301	326.153	372.896	35.862
	Ukraine	14.764	14.143	13.452	13.059	12.675	12.918	13.448	103.201	241.420	20.613
dar. Höhe Zahlungsanspruch auf Kosten d. Unterkunft (KdU) in Tsd. Euro	Insgesamt	1.481.336	1.482.763	1.536.612	1.522.917	1.466.570	1.552.573	1.533.315	1.492.801	1.652.824	143.489
	Ausland	407.232	455.727	567.120	604.937	595.905	650.907	627.337	639.881	765.986	66.740
	Asylherkunftsländer ²⁾	41.724	82.606	171.352	208.277	208.438	230.349	196.085	187.457	208.127	18.824
	Ukraine	7.311	7.069	6.716	6.629	6.433	6.523	6.690	41.279	117.485	9.423

Erstellungsdatum: 03.12.2024, Statistik-Service Ost, Auftragsnummer 368713

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Gesamtregelleistung (Bürgergeld) umfasst den Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts, Leistungen für Mehrbedarfe, Kosten der Unterkunft, sowie – bis zum 31.12.2010 – den befristeten Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld gemäß § 24 SGB II a.F.

2) Enthalten sind Personen mit der Staatsangehörigkeit Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Methodische Hinweise zu Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder

Gesicherte statistische Aussagen über Entwicklungen im Zeitverlauf lassen sich im Bereich der Grundsicherungsstatistik nach dem SGB II aufgrund der operativen Untererfassungen (z. B. verspätete Antragsabgabe oder zeitintensive Sachverhaltsklärung) nur über Zeiträume treffen, die drei Monate zurückliegen (Wartezeit); z. B. werden Daten für den Berichtsmonat Januar 2024 erst auf Basis der Daten mit Datenstand April 2024 berichtet.

Generell basieren statistische Auswertungen auf Gesamtheiten, welche gleichartige Einheiten zusammenfassen. Hierbei können Bestands- und Bewegungseinheiten unterschieden werden. Bestandseinheiten im Sinne der Grundsicherungsstatistik SGB II sind Personen oder Bedarfsgemeinschaften (BG), deren Zustand an einem bestimmten Stichtag betrachtet wird. Bewegungseinheiten sind dagegen Zustandsänderungen dieser Bestandseinheiten und werden in Form von Zu- und Abgängen gemessen.

Der Zusammenhang zwischen Beständen und Bewegungen kann anhand des Stock-Flow-Modells erklärt werden. Bestände (engl. Stock) messen die Zahl an Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt einen bestimmten Status innehaben. Bewegungen (engl. Flow) erfassen dagegen Ereignisse in einem bestimmten Zeitraum, also Zugang in den und Abgang aus dem Status. Den Zusammenhang zwischen Beständen und Bewegungen beschreibt folgende Formel:

$$\text{Endbestand} = \text{Anfangsbestand} + \text{Zugang} - \text{Abgang}$$

Als **Bestand an Bedarfsgemeinschaften** werden alle zum Stichtag gültigen Bedarfsgemeinschaften gezählt. Dies bedeutet, dass der Bewilligungszeitraum nicht vor dem Stichtag enden darf und dass mindestens eine Person in der Bedarfsgemeinschaft einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II für den Berichtsmonat hat. Dies umfasst auch jene Personen, deren Leistungsanspruch durch Leistungsminderungen vollständig gekürzt wurde.

Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS) werden unterschieden in jene mit Leistungsanspruch (LB) und jene ohne Leistungsanspruch (NLB). Zudem findet eine weitere Differenzierung nach Art der Leistung sowie ggf. der Erwerbsfähigkeit nach dem SGB II statt. In der Abbildung sind die einzelnen Personengruppen sowie ihre Zusammensetzung dargestellt.

Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS)				
Leistungsberechtigte (LB)			Nicht Leistungsberechtigte (NLB)	
Regelleistungsberechtigte (RLB)		Sonstige Leistungsberechtigte (SLB)	vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen (AUS)	Kinder ohne Leistungsanspruch (KOL)
erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)			

Die Gruppe der Leistungsberechtigten (LB) unterteilt sich in die beiden Gruppen der Regelleistungsberechtigten (RLB) und der sonstigen Leistungsberechtigten (SLB).

Personen mit Anspruch auf Gesamtregelleistung (Bürgergeld) erhalten den Status Regelleistungsberechtigte. Dazu zählen Personen, die Anspruch auf Regelbedarf, Mehrbedarfe, Kosten der Unterkunft oder den Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld (bis Ende Dezember 2010) haben. Sie können darüber hinaus ggf. auch einmalige Leistungen beanspruchen.

Die Regelleistungsberechtigten sind untergliedert in erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF).

Methodische Hinweise zu Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder

Sonstige Leistungsberechtigte zeichnen sich dadurch aus, dass sie eben keinen Anspruch auf Gesamtregeleistung (GRL) haben, sondern lediglich einmalige Leistungen bzw. Leistungen in besonderen Lebenssituationen (Leistungen für Auszubildende, Sozialversicherungsleistungen zur Vermeidung von Hilfebedürftigkeit) beanspruchen.

Darüber hinaus gibt es auch nicht leistungsberechtigte Personen (NLB) innerhalb von Bedarfsgemeinschaften. Sie beziehen individuell keine Leistungen, werden aber als Personen einer Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt. Dabei handelt es sich einerseits um Personen, die vom Leistungsanspruch ausgeschlossen sind (AUS), z. B. Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Bezieher/-innen von Altersrente. Andererseits handelt es sich um minderjährige Kinder ohne Leistungsanspruch (KOL), die in der Bedarfsgemeinschaft der Eltern leben und deren eigenes Einkommen ihren Bedarf übersteigt.

Die zentrale Größe der statistischen Berichterstattung der Grundsicherungsstatistik SGB II sind die Regelleistungsberechtigten.

Bedarfsgemeinschaften können aufgrund ihrer Zusammensetzung aus den verschiedenen Personengruppen in zwei Gruppen unterteilt werden. Die Regelleistungsbedarfsgemeinschaften (RL-BG) und die sonstigen Bedarfsgemeinschaften (S-BG) bilden zusammen alle Bedarfsgemeinschaften.

Bedarfsgemeinschaften (BG)	
Regelleistungsbedarfsgemeinschaften (RL-BG)	Sonstige Bedarfsgemeinschaften (S-BG)

Einer Regelleistungsbedarfsgemeinschaft muss mindestens ein/e Regelleistungsberechtigte/r angehören. Darüber hinaus können zu ihr auch Personen gehören, die einen anderen Personenstatus innehaben, also sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen oder Kinder ohne Leistungsanspruch. Die sonstigen Bedarfsgemeinschaften umfassen die restlichen Bedarfsgemeinschaften, denen kein Regelleistungsberechtigter angehört. Diese bestehen also aus mindestens einem bzw. einer sonstigen Leistungsberechtigten sowie ggf. aus Kindern ohne Leistungsanspruch oder vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen.

Die statistische Berichterstattung zu Bewegungen konzentriert sich auf die Regelleistungsberechtigten. Ausgehend von der Zählung der Regelleistungsberechtigten im Bestand wird also jede Veränderung dieser Personengruppe als Zugang oder Abgang gewertet. Neben der reinen Statusveränderung in der Grundsicherung SGB II von „im Bestand“ zu „nicht im Bestand“ und umgekehrt stellt somit auch der Wechsel der Personengruppe von bzw. zu Regelleistungsberechtigten aus einer der weiteren Personengruppen sonstige Leistungsberechtigte, Personen mit Ausschlussgrund und Kinder ohne Leistungsanspruch einen Zugang in bzw. Abgang aus Regelleistungsbezug dar.

Um prozessgesteuerte Unterbrechungen (z. B. verspätete Antragstellung bei Wiederbewilligung oder Ummeldungen) auszuschließen, werden Bewegungen nur dann statistisch berücksichtigt, wenn die Unterbrechung zu einem vorhergehenden oder nachfolgenden Anspruchszeitraum als Regelleistungsberechtigter mehr als 7 Tagen gedauert hat. Bewegungen, die durch einen wegen Umzugs bedingten Trägerwechsel entstehen, werden unabhängig von der Dauer der Unterbrechung nur auf regionaler Ebene (Jobcenter- bzw. Kreisebene) als Bewegung gezählt. Auf Landes- bzw. Bundesebene werden sie hingegen nur dann als Bewegung statistisch berücksichtigt, wenn die Unterbrechung zwischen den Anspruchsepisoden länger als 7 Tage ist.

Definitionen und Erläuterungen zu Bedarfsgemeinschaften und deren Mitgliedern können dem Glossar der Statistik der BA entnommen werden:

<https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Definitionen/Glossare/Generische-Publikationen/Gesamtglossar.pdf?blob=publicationFile&v=14>

Methodische Hinweise zur Erwerbstätigkeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten

Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte – oder kurz: erwerbstätige ELB – sind erwerbsfähige Regelleistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die zugleich über zu berücksichtigendes Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit (Bruttoeinkommen) und/oder über verfügbares Einkommen aus selbständiger Tätigkeit (Betriebsgewinn) verfügen.

Abhängig erwerbstätige ELB – Differenzierung nach Einkommensgrößenklassen

Die Teilgruppe der abhängig erwerbstätigen ELB wird in der Berichterstattung unter anderem nach der Höhe des zu berücksichtigenden Einkommens aus Erwerbstätigkeit differenziert. Hierfür werden die folgenden gesetzlich verordneten Bruttoentgeltgrenzen verwendet:

Bis zur Geringfügigkeitsgrenze

Beschäftigungen mit einem zu berücksichtigenden Einkommen bis zur Grenze für geringfügig entlohnte Beschäftigungen (Minijob); hier zahlt im Regelfall der Arbeitgeber die Sozialabgaben pauschaliert

- bis zum 31.12.2012: bis 400,00 Euro
- bis zum 30.09.2022: bis 450,00 Euro
- bis zum 31.12.2023: bis 520,00 Euro
- bis zum 31.12.2024: bis 538,00 Euro
- ab dem 01.01.2025: bis 556,00 Euro.

Im Übergangsbereich

Beschäftigungen mit einem zu berücksichtigenden Einkommen in den Grenzen des Übergangsbereichs (Midi-Job, Gleitzone); die Arbeitnehmer zahlen einen ermäßigten Beitragsanteil am Gesamtsozialversicherungsbeitrag

- bis zum 31.12.2012: 400,01 bis 800,00 Euro
- bis zum 30.06.2019: 450,01 bis 850,00 Euro
- bis zum 30.09.2022: 450,01 bis 1.300,00 Euro
- bis zum 31.12.2022: 520,01 bis 1.600,00 Euro
- bis zum 31.12.2023: 520,01 bis 2.000,00 Euro
- bis zum 31.12.2024: 538,01 bis 2.000,00 Euro
- ab dem 01.01.2025: 556,01 bis 2.000,00 Euro.

Über dem Übergangsbereich

Beschäftigungen mit einem zu berücksichtigenden Einkommen über der Grenze des Übergangsbereichs; es handelt sich um Beschäftigungsverhältnisse, die nach der Höhe des Einkommens regulär sozialversicherungspflichtig sind

- bis zum 31.12.2012: ab 800,01 Euro
- bis zum 30.06.2019: ab 850,01 Euro
- bis zum 30.09.2022: ab 1.300,01 Euro
- bis zum 31.12.2022: ab 1.600,01 Euro
- ab dem 01.01.2023: ab 2.000,01 Euro.

Abhängig erwerbstätige ELB – Differenzierung nach Merkmalen der Beschäftigungsstatistik

Über eine integrierte Auswertung der Grundsicherungsstatistik SGB II mit der Beschäftigungsstatistik werden diejenigen abhängig erwerbstätigen ELB identifiziert, die zum Betrachtungszeitpunkt sozialversicherungspflichtig oder ausschließlich geringfügig beschäftigt sind. Für diese „beschäftigten ELB“ können dadurch ergänzende Strukturinformationen gewonnen werden, z. B. zur Arbeitszeit, dem Wirtschaftszweig, dem Beruf oder der Ausbildung.

Methodische Hinweise zur Erwerbstätigkeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten

Selbständig erwerbstätige ELB

Selbständig erwerbstätige ELB werden anhand ihres verfügbaren Erwerbseinkommens bzw. Betriebsgewinns identifiziert. Der Betriebsgewinn ist eine verlässliche Größe, die datenquellenübergreifende Vergleiche ermöglicht. Eine Differenzierung nach der Höhe des Betriebsgewinns ist ebenfalls möglich. Dagegen zeigen statistische Analysen, dass die Betriebseinnahmen über die Datenquellen hinweg uneinheitlich erfasst und übermittelt werden, weshalb hierfür keine statistischen Ergebnisse ausgewiesen werden.

Methodische Hinweise zur Erwerbstätigkeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten

Datengrundlagen und Datenverfügbarkeit

Die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende basiert auf Prozessdaten der Jobcenter, also auf den Daten der IT-Verfahren zur Gewährung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II.

In den gemeinsamen Einrichtungen (gE) wird das Fachverfahren ALLEGRO eingesetzt, das seit Juli 2015 das Altverfahren A2LL vollständig abgelöst hat.

Zugelassene kommunale Träger (zKT) verwenden eigene IT-Verfahren und übermitteln ihre Einzeldaten gemäß § 51b SGB II über den vereinbarten Datenstandard XSozial-BA-SGB II. Eine zuverlässige Differenzierung nach Einkommen aus Erwerbstätigkeit ist für gE ab dem Berichtsmonat Januar 2007, für zKT ab Juni 2009 möglich. Fehlende oder unvollständige Informationen werden ab der Ebene der Bundesländer durch ein lineares Hochrechnungsverfahren ausgeglichen.

Auswertungen aus der Grundsicherungsstatistik SGB II werden grundsätzlich auf Basis der Daten mit einer Wartezeit von drei Monaten vorgenommen. Auswertungen für erwerbstätige ELB nach Merkmalen der Beschäftigungsstatistik haben eine Wartezeit von sechs Monaten.



Statistik-Infoseite

Im Internet stehen statistische Informationen unterteilt nach folgenden Themenbereichen zur Verfügung:

Fachstatistiken:

- [Arbeitsuche, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung](#)
- [Ausbildungsmarkt](#)
- [Beschäftigung](#)
- [Einnahmen/Ausgaben](#)
- [Förderung und berufliche Rehabilitation](#)
- [Gemeldete Arbeitsstellen](#)
- [Grundsicherung für Arbeitsuchende \(SGB II\)](#)
- [Leistungen SGB III](#)

Themen im Fokus:

- [Berufe](#)
- [Bildung](#)
- [Corona](#)
- [Demografie](#)
- [Eingliederungsbilanzen](#)
- [Entgelt](#)
- [Fachkräftebedarf](#)
- [Familien und Kinder](#)
- [Frauen und Männer](#)
- [Jüngere](#)
- [Langzeitarbeitslosigkeit](#)
- [Menschen mit Behinderungen](#)
- [Migration](#)
- [Regionale Mobilität](#)
- [Transformation](#)
- [Ukraine-Krieg](#)
- [Wirtschaftszweige](#)
- [Zeitarbeit](#)

Die [Methodischen Hinweise](#) der Statistik bieten ergänzende Informationen.

Die [Qualitätsberichte](#) der Statistik erläutern die Entstehung und Aussagekraft der jeweiligen Fachstatistik.

Das [Glossar](#) enthält Erläuterungen zu allen statistisch relevanten Begriffen, die in den verschiedenen Produkten der Statistik der BA Verwendung finden.

Abkürzungen und Zeichen, die in den Produkten der Statistik der BA vorkommen, werden im [Abkürzungsverzeichnis](#) bzw. der [Zeichenerklärung](#) der Statistik der BA erläutert.

Anlage 4 zur Schriftlichen Anfrage 19/21004 – Frage 26.

Jahr 2015:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Delikten	
Delikt	Anzahl der Fälle*
Straftaten insgesamt	8.603
darunter:	
Ladendiebstahl	3.238
Körperverletzung	997
Straftaten i. Z. m. Betäubungsmittelgesetz (BtMG)/Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz (NpSG)/Cannabisgesetz (CanG)	735
Straftaten gegen das Aufenthaltsgesetz (AufenthG)/Asylgesetz (AsylG)/Freizügigkeitsgesetz (FreizügG)	441
Beförderungs-, Leistungerschleichung	410
sonstiger einfacher Diebstahl (EFD)	338
Betrug	264
Taschendiebstahl	263
Hausfriedensbruch	260
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	220
Diebstahl an/aus Kfz	179
Raub	167
Urkundenfälschung	164
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	104
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	99
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	97
Sachbeschädigung	77

Hehlerei	75
sonstiger besonders schwerer Diebstahl (BSD)	59
Unterschlagung	50
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	50
strafrechtliche Nebengesetze	35
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	34
Fahrraddiebstahl	34
Vergewaltigung, sexuelle (sex.) Nötigung, sex. Übergriff	24
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	23
Geschäfts- und Betriebseinbruch	19
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	16
sonstige Straftaten StGB	15
Wohnungseinbruch	14
Villeneinbruch	12
Laubeneinbruch	10
Trickdiebstahl (bis 2023)	10
sexueller Missbrauch von Kindern	8
Erpressung	7
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	7
Sachbeschädigung Feuer	7
weitere Sexualdelikte	6
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	6
Kraftwagendiebstahl	5
Kraddiebstahl	4
Widerstand/tätlicher Angriff	4
Vortäuschung einer Straftat	3

Mord und Totschlag	3
Brandstiftung	3
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	2
Wettbewerbs-, Korruptions-, Amtsdelikte	2
Veruntreuung	1
Umweltdelikte	1
Schwangerschaftsabbruch	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertzeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Staatsangehörigkeiten	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	266
Ägypten	334
Albanien	475
Algerien	196
Angola	2
Äquatorialguinea	1
Armenien	13
Aserbaidshon	10
Äthiopien	2
Bangladesch	8
Belarus	17
Belgien	1
Benin	20

Bosnien und Herzegowina	392
Brasilien	2
Bulgarien	8
Burkina Faso	34
China	3
<i>Côte d'Ivoire</i>	11
Ecuador	1
Eritrea	46
Estland	1
Frankreich	1
Gambia	77
Georgien	29
Ghana	17
Griechenland	1
Großbritannien und Nordirland	3
Guinea	130
Guinea-Bissau	166
Indien	7
Irak	228
Iran, Islamische Republik	121
Israel	5
Italien	9
Jemen, Republik	3
Jordanien	5
Jugoslawien (ehem.)	33
Kamerun	118

Kasachstan	5
Kenia	13
Kongo, Republik	1
Korea, Republik	4
Kosovo, Republik	214
Kroatien	11
Kuba	3
Lettland	8
Libanon	141
Liberia	1
Libyen	276
Litauen	5
Malawi	1
Mali	53
Marokko	241
Mauretanien	6
Mauritius	1
Moldau, Republik	1.105
Mongolei	5
Montenegro	1
Mosambik	7
nicht bekannt	166
Niederlande	1
Niger	18
Nigeria	44
Nordmazedonien	32

Pakistan	151
Polen	5
Portugal	3
Ruanda	1
Rumänien	45
Russische Föderation	330
Senegal	24
Serbien und Montenegro (ehem.)	17
Serbien, Republik	628
Sierra Leone	25
Simbabwe	1
Slowenien	1
Somalia	54
sonstige/ohne Angaben	10
Spanien	1
Sri Lanka	6
staatenlos	29
Sudan	1
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	22
Südsudan, Republik	3
Syrien, Arabische Republik	792
Tansania, Vereinigte Republik	3
Togo	3
Tschad	29
Tschechische Republik	5
Tunesien	343

Türkei	61
Turkmenistan	230
Uganda	3
Ukraine	33
unbekannt	554
Vereinigte Arabische Emirate	1
Vietnam	374

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Jahr 2016:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Delikten	
Delikt	Anzahl der Fälle*
Straftaten insgesamt	9.230
darunter:	
Ladendiebstahl	2.789
Körperverletzung	1.670
Straftaten i. Z. m. BtMG/NpSG/CanG	936
Betrug	404
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	360
Hausfriedensbruch	332
sonstiger EFD	304
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	254
Beförderungs-, Leistungerschleichung	218
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	184
Urkundenfälschung	161

Taschendiebstahl	148
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	144
Raub	139
Sachbeschädigung	111
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	95
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	94
Diebstahl an/aus Kfz	92
Hehlerei	59
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	57
strafrechtliche Nebengesetze	56
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	55
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	52
Fahrraddiebstahl	52
sex. Missbrauch von Kindern	52
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	51
sonstiger BSD	51
Unterschlagung	48
sonstige Straftaten StGB	42
Geschäfts- und Betriebseinbruch	35
weitere Sexualdelikte	25
Wohnungseinbruch	23
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	20
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	17
Laubeneinbruch	14
Vortäuschung einer Straftat	12
Erpressung	10

Keller- und Bodeneinbruch	9
Mord und Totschlag	6
Trickdiebstahl (bis 2023)	6
Villeneinbruch	6
Kraftwagendiebstahl	6
Widerstand/tätlicher Angriff	5
Sachbeschädigung Feuer	5
Brandstiftung	4
Menschenhandel	3
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	3
Geld-, Wertzeichenfälschung	3
Kraddiebstahl	2
Schwangerschaftsabbruch	2
Baustelleneinbruch	1
Computerkriminalität	1
Umweltdelikte	1
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen Feuer	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Staatsangehörigkeiten	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	635
Ägypten	246
Albanien	364

Algerien	149
Angola	2
Äquatorialguinea	1
Armenien	18
Aserbaidtschan	2
Äthiopien	3
Bahrain	1
Bangladesch	3
Belarus	19
Belgien	1
Benin	9
Bosnien und Herzegowina	181
Bulgarien	15
Burkina Faso	7
Burundi	1
China	3
<i>Côte d'Ivoire</i>	39
Dänemark	1
Eritrea	55
Frankreich	1
Gambia	60
Georgien	20
Ghana	9
Griechenland	2
Guinea	73
Guinea-Bissau	76

Indien	7
Irak	696
Iran, Islamische Republik	346
Israel	2
Italien	5
Jamaika	1
Jemen, Republik	3
Jordanien	6
Jugoslawien (ehem.)	9
Kamerun	79
Kasachstan	1
Kenia	18
Kirgisistan	3
Kongo, Republik	5
Kongo, Dem. Republik (ehem. Zaire)	1
Korea, Republik	1
Kosovo, Republik	148
Kroatien	1
Kuwait	2
Lettland	7
Libanon	199
Liberia	4
Libyen	192
Litauen	9
Mali	33
Marokko	174

Mauretanien	11
Mauritius	2
Moldau, Republik	1.433
Mongolei	1
Mosambik	1
nicht bekannt	159
Niger	15
Nigeria	33
Nordmazedonien	14
Pakistan	214
Peru	2
Polen	2
Portugal	1
Rumänien	31
Russische Föderation	331
Senegal	11
Serbien (einschl. Kosovo)	1
Serbien und Montenegro (ehem.)	11
Serbien, Republik	271
Sierra Leone	23
Slowakische Republik	1
Somalia	67
sonstige/ohne Angaben	19
Sri Lanka	1
staatenlos	22
Südafrika	3

Sudan	1
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	8
Syrien, Arabische Republik	1420
Togo	2
Tschad	15
Tunesien	206
Türkei	70
Turkmenistan	156
Ukraine	61
unbekannt	887
Usbekistan	1
Vereinigte Arabische Emirate	8
Vietnam	148
Zentralafrikanische Republik	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Jahr 2017:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Delikten	
Delikt	Anzahl der Fälle*
Straftaten insgesamt	6.827
darunter:	
Ladendiebstahl	1.636
Körperverletzung	1.175

Straftaten i. Z. m. BtMG/NpSG/CanG	999
Urkundenfälschung	448
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	324
Betrug	269
Hausfriedensbruch	200
sonstiger EFD	187
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	158
Beförderungs-, Leistungerschleichung	156
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	149
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	124
Raub	97
Sachbeschädigung	97
strafrechtliche Nebengesetze	76
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	64
weitere Sexualdelikte	54
Taschendiebstahl	53
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	51
Hehlerei	50
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	49
Diebstahl an/aus Kfz	46
sonstige Straftaten StGB	38
Unterschlagung	38
sonstiger BSD	37
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	33
Widerstand/tätlicher Angriff	32
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	26

sex. Missbrauch von Kindern	20
Geschäfts- und Betriebseinbruch	18
Fahrraddiebstahl	18
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	17
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	10
Villeneinbruch	7
Vortäuschung einer Straftat	7
Umweltdelikte	7
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	7
Kraftwagendiebstahl	6
Trickdiebstahl (bis 2023)	5
Keller- und Bodeneinbruch	5
Wohnungseinbruch	5
Mord und Totschlag	5
Brandstiftung	4
Laubeneinbruch	4
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	3
Kraddiebstahl	3
Erpressung	3
Menschenhandel	3
Sachbeschädigung Feuer	2
Baustelleneinbruch	2

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2017

<p>Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Staatsangehörigkeiten</p>

Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	705
Ägypten	216
Albanien	125
Algerien	137
Angola	5
Armenien	19
Aserbaidshan	9
Äthiopien	7
Bangladesch	4
Belarus	36
Benin	8
Bosnien und Herzegowina	49
Brasilien	1
Brunei Darussalam	1
Bulgarien	10
Burkina Faso	10
China	2
<i>Côte d'Ivoire</i>	6
Ecuador	1
Eritrea	41
Frankreich	2
Gabun	2
Gambia	112
Georgien	15
Ghana	20

Griechenland	2
Guinea	80
Guinea-Bissau	39
Honduras	1
Indien	5
Irak	603
Iran, Islamische Republik	234
Israel	4
Italien	7
Jemen, Republik	7
Jordanien	12
Kambodscha	2
Kamerun	107
Kasachstan	1
Kenia	16
Kirgisistan	1
Kolumbien	1
Kongo, Dem. Republik (ehem. Zaire)	6
Korea, Republik	1
Kosovo, Republik	32
Kroatien	3
Lettland	1
Libanon	165
Liberia	2
Libyen	128
Litauen	3

Malaysia	1
Mali	29
Marokko	132
Mauretanien	2
Moldau, Republik	546
Mongolei	2
Montenegro	2
Mosambik	1
Namibia	1
nicht bekannt	93
Niederlande	1
Niger	5
Nigeria	24
Nordmazedonien	9
Pakistan	188
Palästinensisches Gebiet	1
Peru	1
Polen	4
Portugal	2
Ruanda	1
Rumänien	21
Russische Föderation	254
Saudi-Arabien, Königreich	2
Schweden	1
Senegal	13
Serbien (einschl. Kosovo)	1

Serbien und Montenegro (ehem.)	2
Serbien, Republik	105
Sierra Leone	15
Singapur	1
Somalia	96
sonstige/ohne Angaben	19
staatenlos	32
Südafrika	5
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	5
Syrien, Arabische Republik	1.296
Tadschikistan	1
Togo	1
Tschad	27
Tunesien	115
Türkei	67
Turkmenistan	121
Ukraine	89
unbekannt	713
Ungarn	2
Usbekistan	1
Venezuela	1
Vereinigte Arabische Emirate	1
Vietnam	44

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

Jahr 2018:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Delikten	
Delikt	Anzahl der Fälle*
Straftaten insgesamt	5.619
darunter:	
Ladendiebstahl	1.429
Körperverletzung	966
Straftaten i. Z. m. BtMG/NpSG/CanG	665
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	337
Hausfriedensbruch	187
Betrug	182
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	157
sonstiger EFD	146
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	143
Urkundenfälschung	135
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	121
Beförderungs-, Leistungerschleichung	106
Raub	101
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	93
Sachbeschädigung	86
strafrechtliche Nebengesetze	78
Widerstand/tätlicher Angriff	77
weitere Sexualdelikte	56
sonstiger BSD	52
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	50
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	44

Taschendiebstahl	43
sonstige Straftaten StGB	40
Fahrraddiebstahl	36
Unterschlagung	34
Diebstahl an/aus Kfz	25
Hehlerei	24
Geschäfts- und Betriebseinbruch	24
Laubeneinbruch	22
sexueller Missbrauch von Kindern	19
Wohnungseinbruch	18
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	16
Erpressung	12
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	11
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlenen	10
Brandstiftung	9
Villeneinbruch	7
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	7
Veruntreuung	7
Mord und Totschlag	6
Sachbeschädigung Feuer	5
Vortäuschung einer Straftat	5
Kraddiebstahl	5
Kraftwagendiebstahl	3
Umweltdelikte	3
Menschenhandel	3
Keller- und Bodeneinbruch	3

Geld-, Wertzeichenfälschung	3
Computerkriminalität	2
Automateneinbruch	2
Trickdiebstahl (bis 2023)	1
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	1
Konkursstraftaten	1
Baustelleneinbruch	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2018

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Staatsangehörigkeiten	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	606
Ägypten	116
Albanien	69
Algerien	107
Angola	5
Äquatorialguinea	1
Armenien	33
Aserbajdschan	13
Äthiopien	6
Bangladesch	2
Belarus	27
Benin	4
Bosnien und Herzegowina	65

Brasilien	1
Bulgarien	7
Burkina Faso	13
Chile	1
China	2
<i>Côte d'Ivoire</i>	7
Dominikanische Republik	1
Eritrea	42
Gabun	4
Gambia	129
Georgien	103
Ghana	12
Griechenland	1
Guinea	87
Guinea-Bissau	34
Indien	4
Irak	392
Iran, Islamische Republik	175
Israel	3
Italien	2
Jemen, Republik	12
Jordanien	14
Jugoslawien (ehem.)	3
Kamerun	73
Kasachstan	4
Kenia	26

Kolumbien	2
Kongo (Republik)	2
Kongo, Dem. Republik (ehem. Zaire)	3
Kosovo, Republik	20
Kroatien	2
Kuba	4
Lettland	4
Libanon	120
Liberia	3
Libyen	89
Litauen	3
Malawi	1
Malaysia	1
Mali	20
Marokko	71
Mauretanien	5
Moldau, Republik	390
Mongolei	3
Montenegro	1
Mosambik	1
nicht bekannt	24
Niederlande	2
Niger	5
Nigeria	36
Nordmazedonien	12
Pakistan	129

Palästinensisches Gebiet	3
Polen	1
Rumänien	29
Russische Föderation	298
Sambia	1
Senegal	13
Serbien (einschl. Kosovo)	2
Serbien und Montenegro (ehem.)	5
Serbien, Republik	107
Sierra Leone	11
Slowakische Republik	2
Somalia	63
sonstige/ohne Angaben	10
Spanien	1
Sri Lanka	1
staatenlos	17
Südafrika	1
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	10
Südsudan, Republik	1
Syrien, Arabische Republik	1.115
Tadschikistan	1
Tansania, Vereinigte Republik	1
Togo	1
Tschad	14
Tschechische Republik	1
Tunesien	71

Türkei	101
Turkmenistan	51
Uganda	1
Ukraine	95
unbekannt	534
Ungarn	2
Venezuela	2
Vietnam	53
Zentralafrikanische Republik	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 04. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2018

Jahr 2019:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Delikten	
Delikt	Anzahl der Fälle*
Straftaten insgesamt	5.242
darunter:	
Ladendiebstahl	1.611
Körperverletzung	817
Straftaten i. Z. m. BtMG/NpSG/CanG	491
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	319
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	253
Betrug	161
Hausfriedensbruch	160
Beförderungs-, Leistungerschleichung	139
Urkundenfälschung	127

Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	127
sonstiger EFD	117
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	106
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	92
Raub	85
Sachbeschädigung	80
Widerstand/tätlicher Angriff	75
strafrechtliche Nebengesetze	62
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	51
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	41
Unterschlagung	40
weitere Sexualdelikte	39
sonstige Straftaten StGB	35
sonstiger BSD	28
Fahrraddiebstahl	26
Geschäfts- und Betriebseinbruch	23
Taschendiebstahl	20
Diebstahl an/aus Kfz	17
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	15
Hehlerei	14
Wohnungseinbruch	11
sex. Missbrauch von Kindern	8
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	7
Erpressung	7
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	6
Sachbeschädigung Feuer	6

Vortäuschung einer Straftat	4
Mord und Totschlag	4
Brandstiftung	2
Kraftwagendiebstahl	2
Kraddiebstahl	2
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	2
Geld-, Wertzeichenfälschung	2
Umweltdelikte	2
Keller- und Bodeneinbruch	1
Trickdiebstahl (bis 2023)	1
Computerkriminalität	1
Villeneinbruch	1
Laubeneinbruch	1
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2019

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Staatsangehörigkeiten	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	467
Ägypten	75
Albanien	26
Algerien	68
Angola	3
Argentinien	1

Armenien	27
Aserbaidschan	22
Äthiopien	8
Bangladesch	5
Belarus	21
Benin	5
Bosnien und Herzegowina	45
Bulgarien	13
Burkina Faso	1
Chile	3
<i>Côte d'Ivoire</i>	5
Dänemark	5
Dominikanische Republik	1
Ecuador	1
Eritrea	42
Gambia	108
Georgien	350
Ghana	24
Griechenland	1
Guinea	99
Guinea-Bissau	32
Honduras	1
Indien	12
Irak	250
Iran, Islamische Republik	145
Israel	2

Italien	2
Jamaika	1
Jemen, Republik	12
Jordanien	6
Jugoslawien (ehem.)	1
Kamerun	65
Kasachstan	4
Kenia	13
Kolumbien	4
Kongo, Republik	1
Kongo, Dem. Republik (ehem. Zaire)	1
Kosovo, Republik	6
Kuba	2
Lettland	7
Libanon	101
Liberia	4
Libyen	96
Litauen	2
Malawi	1
Malaysia	2
Mali	15
Marokko	44
Mauretanien	2
Moldau, Republik	744
Mongolei	6
Mosambik	2

nicht bekannt	20
Niger	1
Nigeria	23
Nordmazedonien	16
Pakistan	62
Peru	1
Polen	2
Portugal	1
Rumänien	19
Russische Föderation	264
Sambia	2
Saudi-Arabien, Königreich	2
Schweden	1
Senegal	15
Serbien (einschl. Kosovo)	1
Serbien und Montenegro (ehem.)	7
Serbien, Republik	98
Sierra Leone	8
Somalia	63
sonstige/ohne Angaben	20
staatenlos	17
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	6
Syrien, Arabische Republik	936
Tadschikistan	3
Tschad	12
Tunesien	68

Türkei	106
Turkmenistan	41
Ukraine	66
unbekannt	410
Ungarn	1
Usbekistan	2
Venezuela	16
Vereinigte Arabische Emirate	1
Vereinigte Staaten von Amerika	4
Vietnam	43
Zentralafrikanische Republik	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2019

Jahr 2020:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Delikten	
Delikt	Anzahl der Fälle*
Straftaten insgesamt	4.827
darunter:	
Ladendiebstahl	1912
Körperverletzung	564

Straftaten i. Z. m. BtMG/NpSG/CanG	324
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	281
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	196
Urkundenfälschung	175
sonstiger EFD	151
Betrug	133
Hausfriedensbruch	118
Beförderungs-, Leistungerschleichung	111
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	99
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	94
Raub	69
Sachbeschädigung	61
Strafrechtliche Nebengesetze	49
Widerstand/tätlicher Angriff	46
sonstiger BSD	41
weitere Sexualdelikte	40
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	39
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	38
sonstige Straftaten StGB	35
Unterschlagung	34
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	31
Fahrraddiebstahl	25
Taschendiebstahl	22
Geschäfts- und Betriebseinbruch	19
Diebstahl an/aus Kfz	18
Umweltdelikte	16

sex. Missbrauch von Kindern	12
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	11
Vortäuschung einer Straftat	8
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	7
Hehlerei	7
Wohnungseinbruch	6
Erpressung	6
Brandstiftung	5
Sachbeschädigung Feuer	5
Mord und Totschlag	4
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	4
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	3
Geld-, Wertzeichenfälschung	2
Kraftwagendiebstahl	2
Trickdiebstahl (bis 2023)	1
Baustelleneinbruch	1
Computerkriminalität	1
Menschenhandel	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2020

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Staatsangehörigkeiten	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	370
Ägypten	37

Albanien	25
Algerien	102
Angola	1
Armenien	13
Aserbaidtschan	18
Äthiopien	10
Bahamas	1
Bangladesch	1
Belarus	11
Benin	6
Bosnien und Herzegowina	35
Brasilien	2
Bulgarien	11
Burkina Faso	6
China	2
<i>Côte d'Ivoire</i>	3
Dominikanische Republik	1
El Salvador	2
Eritrea	26
Estland	1
Frankreich	1
Gambia	63
Georgien	514
Ghana	18
Griechenland	1
Großbritannien und Nordirland	1

Guinea	78
Guinea-Bissau	21
Indien	5
Irak	170
Iran, Islamische Republik	96
Israel	2
Italien	1
Jemen, Republik	19
Jordanien	5
Jugoslawien (ehem.)	1
Kamerun	23
Kanada	1
Kasachstan	1
Kenia	7
Kolumbien	1
Kongo, Republik	1
Kongo, Dem. Republik (ehem. Zaire)	2
Korea, Republik	1
Kosovo, Republik	2
Kroatien	2
Lettland	4
Libanon	53
Libyen	77
Litauen	2
Mali	12
Marokko	37

Mauretanien	2
Moldau, Republik	1.124
nicht bekannt	16
Niger	3
Nigeria	33
Nordmazedonien	5
Pakistan	31
Palästinensisches Gebiet	2
Peru	1
Polen	8
Portugal	1
Rumänien	13
Russische Föderation	193
Senegal	8
Serbien und Montenegro (ehem.)	1
Serbien, Republik	79
Sierra Leone	5
Somalia	35
sonstige/ohne Angaben	6
Spanien	2
Sri Lanka	2
staatenlos	16
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	4
Syrien, Arabische Republik	762
Tadschikistan	3
Togo	2

Tschad	5
Tschechische Republik	1
Tunesien	58
Türkei	89
Turkmenistan	16
Ukraine	69
unbekannt	307
Ungarn	2
Venezuela	8
Vereinigte Staaten von Amerika	5
Vietnam	91

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertzeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2020

Jahr 2021:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Delikten	
Delikt	Anzahl der Fälle*
Straftaten insgesamt	3.914
darunter:	
Ladendiebstahl	1.710
Körperverletzung	347
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	230
Betrug	211
Straftaten i. Z. m. BtMG/NpSG/CanG	206
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	178
sonstiger EFD	103
Urkundenfälschung	97
Hausfriedensbruch	90
Beförderungs-, Leistungerschleichung	68
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	56
Raub	56
weitere Sexualdelikte	54
Widerstand/tätlicher Angriff	46
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	41
sonstige Straftaten StGB	36
Sachbeschädigung	36
Diebstahl an/aus Kfz	34
Unterschlagung	33
Taschendiebstahl	30

strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	27
sonstiger BSD	26
strafrechtliche Nebengesetze	24
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	24
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	22
Fahrraddiebstahl	21
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	15
Hehlerei	15
Umweltdelikte	11
Erpressung	9
sex. Missbrauch von Kindern	7
Wohnungseinbruch	6
Vortäuschung einer Straftat	6
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	6
Geschäfts- und Betriebseinbruch	6
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	5
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	4
Brandstiftung	4
Kraddiebstahl	2
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	2
Villeneinbruch	2
Sachbeschädigung Feuer	2
Menschenhandel	2
Mord und Totschlag	1
Kraftwagendiebstahl	1
Geld-, Wertzeichenfälschung	1

Keller- und Bodeneinbruch	1
---------------------------	---

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2021

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Staatsangehörigkeiten	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	247
Ägypten	34
Albanien	11
Algerien	87
Angola	2
Armenien	8
Aserbaidshan	6
Äthiopien	3
Bangladesch	4
Belarus	28
Belgien	3
Benin	1
Bosnien und Herzegowina	47
Brasilien	2
Bulgarien	4
Burkina Faso	2
China	1
Dschibuti	1
Eritrea	19

Estland	2
Frankreich	1
Gambia	33
Georgien	673
Ghana	8
Guinea	36
Guinea-Bissau	7
Indien	1
Irak	125
Iran, Islamische Republik	61
Israel	1
Jemen, Republik	6
Jordanien	8
Jugoslawien (ehem.)	1
Kamerun	15
Kasachstan	1
Kenia	6
Kolumbien	2
Kongo, Republik	2
Kosovo, Republik	14
Kroatien	1
Libanon	29
Libyen	52
Litauen	1
Mali	1
Marokko	51

Mexiko	2
Moldau, Republik	1.216
Mongolei	3
Montenegro	1
nicht bekannt	9
Nigeria	23
Nordmazedonien	11
Pakistan	26
Palästinensisches Gebiet	3
Polen	3
Portugal	1
Rumänien	10
Russische Föderation	100
Schweden	1
Senegal	3
Serbien und Montenegro (ehem.)	3
Serbien, Republik	56
Sierra Leone	2
Somalia	19
sonstige/ohne Angaben	1
Sri Lanka	1
staatenlos	9
Südafrika	1
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	12
Syrien, Arabische Republik	478
Tansania, Vereinigte Republik	2

Tschad	2
Tschechische Republik	1
Tunesien	31
Türkei	45
Turkmenistan	8
Uganda	1
Ukraine	33
unbekannt	177
Usbekistan	1
Venezuela	2
Vereinigte Staaten von Amerika	1
Vietnam	44

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2021

Jahr 2022:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Delikten	
Delikt	Anzahl der Fälle*
Straftaten insgesamt	3.837
darunter:	
Ladendiebstahl	1.787
Körperverletzung	382
Betrug	204
Straftaten i. Z. m. BtMG/NpSG/CanG	187
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	162
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	123

Urkundenfälschung	108
sonstiger EFD	84
Hausfriedensbruch	84
Raub	60
Beförderungs-, Leistungerschleichung	58
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	57
Sachbeschädigung	57
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	53
Widerstand/tätlicher Angriff	49
weitere Sexualdelikte	39
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	37
Taschendiebstahl	32
Diebstahl an/aus Kfz	32
strafrechtliche Nebengesetze	26
Unterschlagung	23
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	22
Geschäfts- und Betriebseinbruch	21
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	21
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	19
sonstige Straftaten StGB	18
Fahrraddiebstahl	18
sonstiger BSD	16
Hehlerei	7
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlenen	7
Erpressung	5
Automateneinbruch	5

sexueller Missbrauch von Kindern	4
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	4
Wohnungseinbruch	4
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	4
Kraddiebstahl	2
Villeneinbruch	2
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	2
Sachbeschädigung Feuer	2
Kraftwagendiebstahl	2
Mord und Totschlag	2
Umweltdelikte	2
Computerkriminalität	1
Vortäuschung einer Straftat	1
Keller- und Bodeneinbruch	1
Geld-, Wertzeichenfälschung	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2022

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Staatsangehörigkeiten	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	214
Ägypten	21
Albanien	11
Algerien	104
Angola	2

Armenien	18
Aserbaidtschan	17
Äthiopien	7
Belarus	12
Bosnien und Herzegowina	42
Bulgarien	5
Burkina Faso	2
<i>Côte d'Ivoire</i>	1
Dominikanische Republik	2
Eritrea	19
Gambia	25
Georgien	836
Ghana	5
Griechenland	2
Guinea	22
Guinea-Bissau	2
Indien	1
Irak	103
Iran, Islamische Republik	56
Jemen, Republik	8
Jordanien	3
Kamerun	28
Kanada	1
Kenia	3
Kolumbien	6
Kongo, Dem. Republik (ehem. Zaire)	1

Kosovo, Republik	8
Libanon	34
Libyen	38
Litauen	3
Madagaskar	1
Malawi	1
Mali	6
Marokko	98
Mauretanien	2
Moldau, Republik	907
Montenegro	2
Mosambik	1
Namibia	1
nicht bekannt	14
Niger	2
Nigeria	50
Nordmazedonien	8
Pakistan	19
Palästinensisches Gebiet	1
Rumänien	9
Russische Föderation	109
Saudi-Arabien, Königreich	1
Schweden	1
Senegal	14
Serbien (einschl. Kosovo)	1
Serbien, Republik	71

Simbabwe	1
Somalia	25
sonstige/ohne Angaben	3
staatenlos	15
Südafrika	1
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	4
Syrien, Arabische Republik	389
Togo	1
Tschad	3
Tschechische Republik	1
Tunesien	35
Türkei	60
Turkmenistan	18
Ukraine	184
unbekannt	143
Venezuela	4
Vereinigte Staaten von Amerika	1
Vietnam	26

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2022

Jahr 2023:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Delikten	
Delikt	Anzahl der Fälle*
Straftaten insgesamt	4.268
darunter:	

Ladendiebstahl	1.792
Körperverletzung	458
Straftaten i. Z. m. BtMG/NpSG/CanG	226
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	206
Betrug	204
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	188
Hausfriedensbruch	104
Urkundenfälschung	103
sonstiger EFD	99
Beförderungs-, Leistungerschleichung	80
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	75
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	65
Raub	63
Sachbeschädigung	55
Widerstand/tätlicher Angriff	53
weitere Sexualdelikte	42
Taschendiebstahl	41
Unterschlagung	41
Diebstahl an/aus Kfz	37
Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	33
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	33
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	30
Fahrraddiebstahl	27
strafrechtliche Nebengesetze	25
sonstiger BSD	23
sonstige Straftaten StGB	20

strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	18
Hehlerei	18
Geschäfts- und Betriebseinbruch	16
Erpressung	12
sexueller Missbrauch von Kindern	11
Keller- und Bodeneinbruch	9
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlene	8
Kraddiebstahl	8
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	7
Wohnungseinbruch	6
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	5
Kraftwagendiebstahl	4
Laubeneinbruch	4
Brandstiftung	4
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	3
Automateneinbruch	3
Baustelleneinbruch	3
Villeneinbruch	2
Sachbeschädigung Feuer	1
Geld-, Wertzeichenfälschung	1
Computerkriminalität	1
Trickdiebstahl (bis 2023)	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Staatsangehörigkeiten	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	234
Ägypten	23
Albanien	10
Algerien	178
Angola	3
Armenien	28
Aserbaidschan	14
Äthiopien	4
Belarus	6
Benin	6
Bosnien und Herzegowina	41
Bulgarien	10
Burkina Faso	2
Chile	1
China	3
<i>Côte d'Ivoire</i>	1
Eritrea	20
Estland	1
Gambia	12
Georgien	829
Ghana	4
Griechenland	2
Guinea	29

Guinea-Bissau	1
Haiti	1
Indien	11
Irak	88
Iran, Islamische Republik	82
Israel	5
Italien	1
Jemen, Republik	3
Jordanien	7
Kamerun	28
Kanada	5
Kasachstan	5
Kenia	10
Kolumbien	4
Kongo, Republik	1
Korea, Demokratische Volksrepublik	1
Kosovo, Republik	8
Kuba	1
Kuwait	1
Lettland	2
Libanon	56
Liberia	1
Libyen	49
Litauen	1
Malaysia	1
Mali	3

Marokko	96
Mexiko	1
Moldau, Republik	669
Mongolei	2
Mosambik	1
Nepal	6
nicht bekannt	20
Niger	4
Nigeria	43
Nordmazedonien	8
Österreich	2
Pakistan	11
Palästinensisches Gebiet	8
Philippinen	1
Polen	2
Portugal	1
Rumänien	25
Russische Föderation	130
Sambia	2
Senegal	1
Serbien, Republik	80
Sierra Leone	2
Simbabwe	2
Somalia	22
sonstige/ohne Angaben	3
Spanien	1

St. Kitts und Nevis	1
staatenlos	4
Sudan	1
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	15
Südsudan, Republik	2
Syrien, Arabische Republik	482
Togo	5
Trinidad und Tobago	1
Tschad	2
Tschechische Republik	1
Tunesien	76
Türkei	123
Turkmenistan	22
Uganda	1
Ukraine	386
unbekannt	197
Ungarn	1
Usbekistan	2
Venezuela	2
Vereinigte Staaten von Amerika	1
Vietnam	32

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Jahr 2024:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Delikten	
Delikt	Anzahl der Fälle*
Straftaten insgesamt	2.527
darunter:	
Ladendiebstahl	842
Körperverletzung	331
Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung	161
Straftaten i. Z. m. BtMG/NpSG/CanG	126
Straftaten gegen das AufenthG/AsylG/FreizügG	95
sonstiger EFD	84
Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede	73
Hausfriedensbruch	69
Betrug	67
Urkundenfälschung	62
Körperverletzung (gefährliche & schwere) auf Straßen, Wegen, Plätzen	62
strafrechtliche Nebengesetze/Wirtschaft	60
Raub	49
Widerstand/tätlicher Angriff	42
Beförderungs-, Leistungerschleichung	38
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung	36
Sachbeschädigung	35
strafrechtliche Nebengesetze	32
Unterschlagung	27
Diebstahl an/aus Kfz	24

Vergewaltigung, sex. Nötigung, sex. Übergriff	22
weitere Sexualdelikte	21
sonstige Straftaten StGB	20
Taschendiebstahl	18
Fahrraddiebstahl	16
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen	12
Geschäfts- und Betriebseinbruch	11
sonstiger BSD	11
sexueller Missbrauch von Kindern	8
Kraftwagendiebstahl	7
Misshandlung Kinder/Schutzbefohlenen	7
Hehlerei	7
Vortäuschung einer Straftat	6
Wohnungseinbruch	6
unbefugter Gebrauch Fahrzeug	6
Beleidigung pp. auf sex. Grundlage	6
Umweltdelikte	5
Erpressung	4
Laubeneinbruch	3
Wettbewerbs-, Korruptions-, Amtsdelikte	3
Brandstiftung	2
Mord und Totschlag	2
Villeneinbruch	2
Verletzung Unterhalts-/Fürsorgepflicht	2
Sachbeschädigung auf Straßen, Wegen, Plätzen Feuer	1
Baustelleneinbruch	1

Geld-, Wertzeichenfälschung	1
Menschenhandel	1
Sachbeschädigung Feuer	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 4. Dezember 2024

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Staatsangehörigkeiten	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	156
Ägypten	12
Albanien	8
Algerien	111
Angola	2
Armenien	8
Aserbaidschan	10
Äthiopien	4
Bahrain	1
Bangladesch	1
Belarus	5
Benin	7
Bosnien und Herzegowina	24
Brasilien	2
Bulgarien	4
Burkina Faso	2
Chile	4

China	2
Dominikanische Republik	1
Eritrea	11
Gambia	17
Georgien	268
Ghana	5
Guinea	26
Guinea-Bissau	1
Indien	6
Irak	75
Iran, Islamische Republik	33
Israel	1
Japan	1
Jemen, Republik	4
Jordanien	1
Kambodscha	2
Kamerun	11
Kanada	1
Kenia	3
Kolumbien	1
Kongo, Republik	1
Kongo, Dem. Republik (ehem. Zaire)	1
Kosovo, Republik	5
Kuba	4
Kuwait	5
Lettland	1

Libanon	39
Libyen	42
Malediven	1
Mali	5
Marokko	70
Mauretanien	1
Moldau, Republik	230
Montenegro	1
nicht bekannt	7
Niger	1
Nigeria	21
Nordmazedonien	5
Österreich	1
Pakistan	14
Palästinensisches Gebiet	10
Polen	3
Rumänien	10
Russische Föderation	93
Senegal	5
Serbien, Republik	32
Sierra Leone	2
Simbabwe	2
Somalia	20
sonstige/ohne Angaben	2
Sri Lanka	2
staatenlos	11

Südafrika	1
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	2
Syrien, Arabische Republik	348
Tadschikistan	1
Tschad	7
Tunesien	113
Türkei	110
Turkmenistan	18
Uganda	1
Ukraine	341
unbekannt	143
Usbekistan	1
Venezuela	1
Vereinigte Staaten von Amerika	1
Vietnam	33

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 4. Dezember 2024

27. Wie viele der in Frage 26 festgestellten Personen waren Minderjährige/unbegleitete Minderjährige? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Nationalität und Altersgruppen, bspw. 10- bis 14-jährige, 15-18-Jährige und 18- bis 21-Jährige)

Im Folgenden werden die Daten für die tatverdächtigen minderjährigen Personen mit dem Aufenthaltsanlass „Asylbewerber“ nach Altersgruppen für die Jahre 2015 bis 2024 dargestellt.

Ergänzend werden die Daten für die Teilmenge der tatverdächtigen Personen mit dem Aufenthaltsanlass „Asylbewerber (umF)“ für die Jahre 2018 bis 2024 abgebildet. Da Angaben zu dieser Teilmenge erst seit Dezember 2017 im POLIKS erfasst werden können, sind valide Angaben für die Jahre davor nicht möglich.

Die erfragten Daten sind den folgenden Tabellen zu entnehmen:

Jahr 2015:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Altersgruppen (Kinder+Jugendliche+Heranwachsende)	
Altersgruppe	Anzahl der Fälle*
Kinder (0-14 Jahre)	147
Jugendliche (14-18 Jahre)	861
Heranwachsende (18-21 Jahre)	1.977

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Jahr 2016:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Altersgruppen (Kinder+Jugendliche+Heranwachsende)	
Altersgruppe	Anzahl der Fälle*
Kinder (0-14 Jahre)	264
Jugendliche (14-18 Jahre)	1.116
Heranwachsende (18-21 Jahre)	1.707

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Jahr 2017:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Altersgruppen (Kinder+Jugendliche+Heranwachsende)	
Altersgruppe	Anzahl der Fälle*
Kinder (0-14 Jahre)	154
Jugendliche (14-18 Jahre)	898
Heranwachsende (18-21 Jahre)	1.417

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Jahr 2018:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Altersgruppen (Kinder+Jugendliche+Heranwachsende)	
Altersgruppe	Anzahl der Fälle*
Kinder (0-14 Jahre)	214
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge umF)	7
Jugendliche (14-18 Jahre)	690
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	156
Heranwachsende (18-21 Jahre)	1.043
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	2

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2018

Jahr 2019:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Altersgruppen (Kinder+Jugendliche+Heranwachsende)	
Altersgruppe	Anzahl der Fälle*
Kinder (0-14 Jahre)	141
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	5
Jugendliche (14-18 Jahre)	455
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	96
Heranwachsende (18-21 Jahre)	849
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	3

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2019

Jahr 2020:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Altersgruppen (Kinder+Jugendliche+Heranwachsende)	
Altersgruppe	Anzahl der Fälle*
Kinder (0-14 Jahre)	104
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	5
Jugendliche (14-18 Jahre)	331
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	62
Heranwachsende (18-21 Jahre)	662
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2020

Jahr 2021:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Altersgruppen (Kinder+Jugendliche+Heranwachsende)	
Altersgruppe	Anzahl der Fälle*
Kinder (0-14 Jahre)	102
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	10
Jugendliche (14-18 Jahre)	275
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	46
Heranwachsende (18-21 Jahre)	497
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2021

Jahr 2022:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Altersgruppen (Kinder+Jugendliche+Heranwachsende)	
Altersgruppe	Anzahl der Fälle*
Kinder (0-14 Jahre)	105
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	6
Jugendliche (14-18 Jahre)	340
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	54
Heranwachsende (18-21 Jahre)	431
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2022

Jahr 2023:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Altersgruppen (Kinder+Jugendliche+Heranwachsende)	
Altersgruppe	Anzahl der Fälle*
Kinder (0-14 Jahre)	109
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	9
Jugendliche (14-18 Jahre)	388
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	93
Heranwachsende (18-21 Jahre)	448
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	2

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Jahr 2024:

Straftaten mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit dem Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" nach Altersgruppen (Kinder+Jugendliche+Heranwachsende)	
Altersgruppe	Anzahl der Fälle*
Kinder (0-14 Jahre)	86
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	7
Jugendliche (14-18 Jahre)	229
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	66
Heranwachsende (18-21 Jahre)	279
davon unbegleitete, minderjährigen Flüchtlinge (umF)	3

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 4. Dezember 2024

Für die minderjährigen Personen mit dem Aufenthaltsanlass „Asylbewerber“ (Altersgruppen Kinder plus Jugendliche plus Heranwachsende zusammengezählt) werden die Fälle mit mindestens einer tatverdächtigen Person nach Staatsangehörigkeiten gesondert dargestellt.

Jahr 2015:

Straftaten insgesamt mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit - Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" (Altersgruppen Kinder+Jugendliche+ Heranwachsende)	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	138
Ägypten	88
Albanien	248
Algerien	73
Angola	1
Armenien	4
Aserbaidtschan	2
Bangladesch	1
Belarus	10
Benin	3
Bosnien und Herzegowina	116
Burkina Faso	13
<i>Côte d'Ivoire</i>	1
Ecuador	1
Eritrea	13
Gambia	16
Georgien	1

Ghana	2
Guinea	87
Guinea-Bissau	84
Indien	2
Irak	60
Iran, Islamische Republik	21
Israel	1
Italien	3
Jordanien	2
Jugoslawien (ehem.)	4
Kamerun	33
Kenia	1
Kosovo, Republik	32
Kroatien	2
Libanon	49
Libyen	71
Mali	18
Marokko	120
Moldau, Republik	368
nicht bekannt	35
Niederlande	1
Niger	9
Nigeria	2
Nordmazedonien	16
Pakistan	31
Rumänien	17

Russische Föderation	85
Senegal	6
Serbien und Montenegro (ehem.)	8
Serbien, Republik	211
Sierra Leone	17
Somalia	24
staatenlos	3
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	1
Syrien, Arabische Republik	284
Tschad	10
Tschechische Republik	3
Tunesien	129
Türkei	9
Turkmenistan	41
Uganda	1
Ukraine	9
unbekannt	168
Vereinigte Arabische Emirate	1
Vietnam	202

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Jahr 2016:

Straftaten insgesamt mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit - Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" (Altersgruppen Kinder+Jugendliche+ Heranwachsende)	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	317
Ägypten	75
Albanien	154
Algerien	56
Armenien	6
Aserbajdschan	1
Äthiopien	1
Bangladesch	2
Benin	4
Bosnien und Herzegowina	45
Bulgarien	1
<i>Côte d'Ivoire</i>	27
Eritrea	23
Gambia	19
Georgien	1
Ghana	1
Guinea	37
Guinea-Bissau	24
Indien	2
Irak	184
Iran, Islamische Republik	36

Jordanien	1
Kamerun	9
Kasachstan	1
Kenia	1
Kosovo, Republik	38
Libanon	76
Libyen	54
Mali	5
Marokko	51
Moldau, Republik	412
nicht bekannt	38
Niger	5
Nigeria	2
Nordmazedonien	5
Pakistan	29
Polen	1
Rumänien	11
Russische Föderation	101
Senegal	4
Serbien (einschl. Kosovo)	1
Serbien und Montenegro (ehem.)	3
Serbien, Republik	75
Sierra Leone	14
Somalia	30
sonstige/ohne Angaben	4
Sri Lanka	1

staatenlos	6
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	1
Syrien, Arabische Republik	531
Tschad	3
Tunesien	70
Türkei	10
Turkmenistan	33
Ukraine	31
unbekannt	354
Vietnam	40

Quelle: DWH-FI Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Jahr 2017:

Straftaten insgesamt mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit - Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" (Altersgruppen Kinder+Jugendliche+ Heranwachsende)	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	390
Ägypten	67
Albanien	48
Algerien	39
Angola	2
Armenien	2
Aserbaidtschan	1

Äthiopien	4
Bangladesch	2
Belarus	26
Benin	2
Bosnien und Herzegowina	16
Brunei Darussalam	1
Bulgarien	1
<i>Côte d'Ivoire</i>	1
Eritrea	13
Gambia	55
Ghana	2
Griechenland	1
Guinea	49
Guinea-Bissau	13
Irak	168
Iran, Islamische Republik	32
Israel	2
Italien	4
Jemen, Republik	3
Jordanien	4
Kambodscha	2
Kamerun	9
Kenia	2
Kongo, Dem. Republik (ehem. Zaire)	5
Kosovo, Republik	4
Libanon	65

Libyen	43
Mali	7
Marokko	37
Mauretanien	1
Moldau, Republik	111
nicht bekannt	18
Nigeria	1
Nordmazedonien	5
Pakistan	30
Palästinensisches Gebiet	1
Rumänien	9
Russische Föderation	89
Senegal	2
Serbien, Republik	26
Sierra Leone	3
Somalia	73
sonstige/ohne Angaben	8
staatenlos	5
Syrien, Arabische Republik	543
Tschad	1
Tunesien	34
Türkei	12
Turkmenistan	48
Ukraine	63
unbekannt	271
Ungarn	2

Vietnam	12
---------	----

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Jahr 2018:

Straftaten insgesamt mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit - Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" (Altersgruppen Kinder+Jugendliche+ Heranwachsende)	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	317
Ägypten	34
Albanien	16
Algerien	30
Angola	4
Armenien	3
Äthiopien	2
Belarus	13
Bosnien und Herzegowina	31
Bulgarien	1
Burkina Faso	1
Eritrea	9
Gambia	53
Georgien	13
Ghana	1
Guinea	55
Guinea-Bissau	11

Irak	77
Iran, Islamische Republik	29
Italien	2
Jemen, Republik	1
Kamerun	6
Kenia	9
Kongo, Dem. Republik (ehem. Zaire)	1
Kosovo, Republik	5
Kroatien	1
Libanon	40
Liberia	2
Libyen	27
Mali	2
Marokko	26
Mauretanien	3
Moldau, Republik	122
Mosambik	1
Niederlande	2
Nigeria	1
Nordmazedonien	4
Pakistan	30
Palästinensisches Gebiet	1
Polen	1
Rumänien	14
Russische Föderation	72
Senegal	6

Serbien und Montenegro (ehem.)	2
Serbien, Republik	31
Sierra Leone	2
Slowakische Republik	1
Somalia	30
sonstige/ohne Angaben	6
staatenlos	4
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	1
Syrien, Arabische Republik	485
Togo	1
Tunesien	12
Türkei	12
Turkmenistan	16
Ukraine	60
unbekannt	199
Ungarn	1
Venezuela	1
Vietnam	9

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertzeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2018

Jahr 2019:

Straftaten insgesamt mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit - Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" (Altersgruppen Kinder+Jugendliche+ Heranwachsende)	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	206
Ägypten	21
Albanien	8
Algerien	21
Aserbaidtschan	2
Äthiopien	1
Belarus	4
Benin	3
Bosnien und Herzegowina	9
Bulgarien	6
<i>Côte d'Ivoire</i>	1
Eritrea	9
Gambia	40
Georgien	8
Guinea	72
Guinea-Bissau	12
Indien	1
Irak	54
Iran, Islamische Republik	17
Jemen, Republik	1

Kamerun	6
Kenia	2
Kosovo, Republik	2
Libanon	18
Liberia	1
Libyen	33
Litauen	1
Marokko	15
Moldau, Republik	214
Nigeria	3
Nordmazedonien	5
Pakistan	8
Rumänien	8
Russische Föderation	91
Saudi-Arabien, Königreich	1
Schweden	1
Senegal	6
Serbien, Republik	25
Sierra Leone	6
Somalia	19
sonstige/ohne Angaben	3
staatenlos	1
Syrien, Arabische Republik	277
Tadschikistan	1
Tschad	1
Tunesien	22

Türkei	17
Turkmenistan	8
Ukraine	17
unbekannt	136
Vietnam	10

Quelle: DWH-FI Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1.Januar bis 31. Dezember 2019

Jahr 2020:

Straftaten insgesamt mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit - Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" (Altersgruppen Kinder+Jugendliche+ Heranwachsende)	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	137
Ägypten	10
Albanien	5
Algerien	42
Aserbaidtschan	2
Äthiopien	2
Belarus	1
Bosnien und Herzegowina	5
Bulgarien	4
<i>Côte d'Ivoire</i>	1
Eritrea	3
Gambia	17
Georgien	29

Guinea	39
Guinea-Bissau	6
Irak	28
Iran, Islamische Republik	5
Italien	1
Jemen, Republik	2
Kenia	1
Kongo, Dem. Republik (ehem. Zaire)	1
Kosovo, Republik	1
Libanon	9
Libyen	13
Marokko	13
Moldau, Republik	228
Nigeria	2
Pakistan	2
Portugal	1
Rumänien	7
Russische Föderation	72
Senegal	2
Serbien, Republik	14
Sierra Leone	2
Somalia	4
sonstige/ohne Angaben	1
staatenlos	1
Syrien, Arabische Republik	200
Tunesien	26

Türkei	10
Turkmenistan	4
Ukraine	18
unbekannt	98
Vietnam	20

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2020

Jahr 2021:

Straftaten insgesamt mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit - Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" (Altersgruppen Kinder+Jugendliche+ Heranwachsende)	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	73
Ägypten	4
Albanien	1
Algerien	16
Armenien	1
Aserbaidshan	3
Äthiopien	1
Belarus	11
Bosnien und Herzegowina	8
Brasilien	2
Bulgarien	2
Gambia	4
Georgien	35

Guinea	10
Guinea-Bissau	3
Irak	21
Iran, Islamische Republik	6
Jordanien	4
Kenia	1
Kolumbien	1
Kosovo, Republik	3
Libanon	4
Libyen	6
Marokko	20
Moldau, Republik	370
Nigeria	2
Pakistan	2
Palästinensisches Gebiet	2
Rumänien	4
Russische Föderation	40
Schweden	1
Serbien und Montenegro (ehem.)	1
Serbien, Republik	13
Somalia	2
staatenlos	2
Sudan, Republik (ohne Südsudan)	4
Syrien, Arabische Republik	105
Tunesien	11
Türkei	4

Turkmenistan	2
Ukraine	8
unbekannt	46
Vietnam	2

Quelle: DWH-FI Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2021

Jahr 2022:

Straftaten insgesamt mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit - Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" (Altersgruppen Kinder+Jugendliche+ Heranwachsende)	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	48
Ägypten	3
Albanien	2
Algerien	30
Angola	1
Armenien	2
Äthiopien	3
Belarus	3
Bosnien und Herzegowina	9
Bulgarien	1
Burkina Faso	1
Eritrea	2
Gambia	3
Georgien	31

Ghana	1
Guinea	2
Irak	33
Iran, Islamische Republik	5
Kamerun	1
Kenia	1
Kosovo, Republik	2
Libanon	11
Libyen	11
Litauen	1
Mali	1
Marokko	42
Moldau, Republik	287
Nordmazedonien	2
Rumänien	6
Russische Föderation	52
Senegal	1
Serbien, Republik	12
sonstige/ohne Angaben	1
staatenlos	1
Syrien, Arabische Republik	106
Tunesien	3
Türkei	16
Turkmenistan	12
Ukraine	66
unbekannt	47

Vietnam	4
---------	---

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2022

Jahr 2023:

Straftaten insgesamt mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit - Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" (Altersgruppen Kinder+Jugendliche+ Heranwachsende)	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	75
Ägypten	7
Albanien	2
Algerien	36
Angola	2
Armenien	2
Aserbaidtschan	3
Äthiopien	1
Benin	5
Bosnien und Herzegowina	14
Bulgarien	2
Gambia	5
Georgien	42
Ghana	1
Griechenland	2
Guinea	5
Irak	23

Iran, Islamische Republik	7
Italien	1
Kanada	1
Kenia	1
Kuwait	1
Libanon	22
Libyen	10
Marokko	30
Moldau, Republik	154
Nepal	6
Nigeria	2
Nordmazedonien	3
Österreich	1
Palästinensisches Gebiet	3
Rumänien	14
Russische Föderation	54
Senegal	1
Serbien, Republik	8
Somalia	4
staatenlos	1
Syrien, Arabische Republik	185
Tunesien	9
Türkei	27
Turkmenistan	1
Ukraine	91
unbekannt	60

Vietnam	4
---------	---

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertezeitraum: 1. Januar bis 31. Dezember 2023

Jahr 2024:

Straftaten insgesamt mit mindestens einer tatverdächtigen Person mit - Aufenthaltsanlass "Asylbewerber" (Altersgruppen Kinder+Jugendliche+ Heranwachsende)	
Staatsangehörigkeit (Ländername)	Anzahl der Fälle*
Afghanistan	55
Ägypten	3
Algerien	26
Armenien	2
Äthiopien	1
Bangladesch	1
Benin	3
Bosnien und Herzegowina	4
Bulgarien	2
Eritrea	2
Gambia	6
Georgien	7
Guinea	4
Irak	20
Iran, Islamische Republik	2
Jemen, Republik	3
Kambodscha	1

Kamerun	4
Kanada	1
Kenia	1
Kosovo, Republik	1
Kuwait	5
Libanon	12
Libyen	10
Mali	4
Marokko	21
Moldau, Republik	57
Nigeria	4
Nordmazedonien	1
Pakistan	1
Palästinensisches Gebiet	3
Rumänien	6
Russische Föderation	23
Senegal	2
Serbien, Republik	4
Somalia	4
staatenlos	1
Syrien, Arabische Republik	144
Tunesien	27
Türkei	21
Turkmenistan	1
Ukraine	50
unbekannt	48

Vereinigte Staaten von Amerika	1
Vietnam	1

Quelle: DWH-FI, Stand: 4. Dezember 2024

*Auswertzeitraum: 1. Januar bis 4. Dezember 2024